

## Offene Fragen der Geschichte Band 3

### Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,  
Wiener Kongreß,  
Kapitalismus,  
Kommunismus,  
Darwinismus,  
Nationalismus,  
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,  
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,  
Gründung des Deutschen Reiches,  
Imperialismus ...

### Band 3/017

### Chronik von 1863 bis 1865

#### 1863

Deutscher Bund: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1863-1864 (x804/896-897): >>(Deutschland) ... Am 17. August 1863 trat auf Österreichs Einladung der deutsche Fürstentag unter Vorsitz des Kaisers von Österreich in Frankfurt am Main zur Beratung des ... österreichischen Bundesreformprojektes zusammen. Was bisher den Männern des Volkes und den Kabinetten mißlungen war, sollte hier durch den persönlichen Meinungsaustausch der Fürsten zustande gebracht werden; es schien unmöglich, daß eine so ungewöhnliche Versammlung, welche in der Nation hochgespannte Erwartungen erregte, resultatlos auseinander gehen konnte.

In der Tat erschienen fast alle deutschen Fürsten und Vertreter der Freien Städte; aber es fehlte der König von Preußen, welcher selbst eine persönliche Einladung Franz Josephs im Bad Gastein (2. August) ablehnend beantwortet hatte.

Das österreichische Reformprojekt, welches den Fürsten in Frankfurt vorgelegt wurde, schlug vor, die Leitung der Bundesangelegenheiten mit erweiterter Befugnis einem Direktorium zu übertragen, welches aus dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen, dem von Bayern und zwei anderen alternierenden Fürsten bestehen sollte; ihm zur Seite sollte die Bundesversammlung der Vertreter der Regierungen stehen und in beiden Verhandlungen Österreich zur formellen Leitung der Geschäfte den Vorsitz führen; alle drei Jahre würde eine aus 300 Mitgliedern der Landtage bestehende Bundesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlußfassung über die ihr vorzulegenden Gesetzentwürfe zusammentreten und deren Beschlüsse dann einem Fürstentag zu freier Verständigung unterbreitet werden. Auch ein Bundesgericht war vorgeschlagen.

In geheimen Sitzungen unter persönlicher Leitung des Kaisers Franz Joseph wurde der Entwurf bis zum 1. September beraten und in manchen Punkten verbessert; ein Krieg des Bundes zu Gunsten eines Bundesstaates, welcher außerhalb des Bundesgebietes Besitzungen hat, sollte nur mit Zweidrittelmajorität beschlossen werden dürfen, besagte die endgültige Fassung und kam damit dem Interesse Österreichs schon weit genug entgegen. Das Bundesreformprojekt wurde schließlich fast mit Stimmeneinheit angenommen, aber die Zustimmung Preußens trotz einer Kollektiv Einladung des Fürstentages an König Wilhelm nicht erreicht.

In einem Bericht des preußischen Ministeriums vom 15. September unterwarf Bismarck die österreichische Bundesreform einer scharfen Kritik, in welcher schließlich nochmals betont wurde, daß eine Bürgschaft dafür, daß Preußen nicht fremden Interessen geopfert werde, nur in einer aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgegangenen Nationalvertretung liege, da die Interessen und Wünsche des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes seien.

Das war auch das Urteil des deutschen Abgeordnetentages, welcher, aus liberalen Mitgliedern der deutschen Landtage bestehend, sich gleichzeitig mit dem Fürstentag am 21. und 22. August in Frankfurt versammelte und bei aller Anerkennung der Tendenz des österreichischen Entwurfs denselben doch nicht für genügend erachten konnte.

Aber eine Verständigung zwischen Bismarck und den Vertretern der Nation war unmöglich, solange der preußische Verfassungskonflikt nicht beendet wurde, wozu bei der Hartnäckigkeit beider Teile keine Aussicht war. So war das Verdienst Preußens nur ein negatives; es hatte die österreichische Bundesreform verhindert, die nur ein Scheinwesen geschaffen hätte, und durch seinen erfolgreichen Widerspruch von neuem klar dargelegt, daß die deutsche Frage im Grund eine Machtfrage zwischen Österreich und Preußen war.

Seine eigenen positiven Vorschläge wurden aber von der Nation nicht ernst genommen, und die Entfremdung zwischen der preußischen Regierung und den eifrigsten Vertretern der deutschen Einheitsidee wurde durch die schleswig-holsteinische Frage vergrößert, die Ende 1863 durch den Tod des dänischen Königs Friedrich VII. wieder brennend wurde.

In Dänemark hatte die eiderdänische Partei eben (13. November 1863) eine neue Verfassung zustande gebracht, welche Holstein und Lauenburg ihre Selbständigkeit ließ, Schleswig aber völlig in den dänischen Staat einverleibte, und damit sowohl die alten Rechte auf die Vereinigung der Herzogtümer als die völkerrechtlichen Verpflichtungen Dänemarks verletzte, als der Tod des Königs Friedrich VII. (15. November) den Prinzen von Glücksburg, Christian IX., auf Grund des Londoner Protokolls von 1852 auf den Thron rief.

Da dieser sich vom Kopenhagener Pöbel zur Bestätigung der Gesamtstaatsverfassung bewegen ließ, weigerten sich die Stände und Einwohner der Herzogtümer, ihn als Landesherrn anzuerkennen, und proklamierten den Prinzen Friedrich von Augustenburg als ihren Herzog, dessen Thronfolge zugleich die ersehnte Trennung von Dänemark herbeiführte.

Auch in Deutschland erklärte sich die öffentliche Stimme allgemein für ihn; mehrere Volksvertretungen drangen auf seine Anerkennung, Sachsen beantragte am 28. November beim Bundestag die Lossagung vom Londoner Protokoll, welches der Bund übrigens niemals anerkannt hatte, und am 21. Dezember versammelten sich in Frankfurt 500 Abgeordnete aus allen Parteien, klein- und großdeutsche, sprachen sich für die gänzliche Trennung der Herzogtümer von Dänemark durch Anerkennung Friedrichs VIII. aus und setzten den Sechsenddreißiger-Ausschuß ein, um mit allen Mitteln hierfür zu agitieren.

Indes die beiden Vormächte Österreich und Preußen schlossen sich dieser Bewegung nicht an, weil sie an das Londoner Protokoll gebunden waren und die Mächte, namentlich England, nicht zur Unterstützung Dänemarks zwingen wollten. Sie beharrten dabei, daß man sich mit dem Einspruch gegen die Novemberverfassung und mit der auf Grund desselben schon am 1. Oktober 1863 beschlossenen Bundesexekution begnügen müsse.

Sie setzten auch ihren Willen am 7. Dezember beim Bund durch, und Ende Dezember rückten sächsische und hannoversche Truppen in Holstein ein, welches die Dänen ohne Widerstand räumten.

Als sich jedoch am 14. Januar 1864 der Bund weigerte, sich dem Standpunkt der Großmächte anzuschließen und bloß die Aufhebung der Novemberverfassung von Dänemark zu fordern, erklärten Österreich und Preußen, daß sie fortan die Geltendmachung der deutschen Rechte in ihre eigene Hand nähmen. Trotz des Protestes der Bundestagsmajorität richteten sie Ende Ja-

nuar an Dänemark die Aufforderung, die Novemberverfassung für Schleswig außer Kraft zu setzen, und als dieselbe erfolglos blieb, ließen sie ohne Verständigung mit den Bundesexekutionskommissaren ihre Truppen in Holstein einrücken und am 1. Februar die schleswigsche Grenze überschreiten.

Dieses Verfahren erregte in Deutschland allgemeine Entrüstung, da man Bismarcks eigentliche Absichten nicht begriff. Indem das preußische Abgeordnetenhaus jede Verständigung mit der Regierung über die schleswig-holsteinische Frage grundsätzlich ablehnte, die geforderten Geldmittel verweigerte und die Resolution faßte, einer solchen deutsche Interessen preisgebenden Politik mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten zu wollen, beraubte es Bismarck der Gelegenheit, das Haus über seine Pläne aufzuklären.

Man glaubte, ... daß Österreich und Preußen ihr Verfahren von 1850-51 wiederholen würden und die Bundestruppen nur beiseite schoben, um die Herzogtümer wie damals wehrlos an Dänemark auszuliefern. Der Sechsenddreißiger-Ausschuß forderte geradezu zum Kriege gegen Österreich und Preußen auf, um sie an diesem Verrat zu hindern.

Daß Bismarck sich auf den Boden des Londoner Protokolls stellte, um den Mächten jeden Vorwand zur Intervention zu benehmen, daß er die schwerfällige Bundesexekution beseitigte, um die Dinge zu einer raschen Entscheidung zu bringen und vor allem einen allgemeinen Krieg zu verhüten, ahnten wenige. Denn niemand hielt es für möglich, daß Dänemark im Vertrauen auf fremde Hilfe so hartnäckig sein würde, selbst die Novemberverfassung nicht ändern zu wollen.

Auch der glückliche Fortgang des schleswig-holsteinischen Krieges, die Eroberung der Düpeler Schanzen (18. April) und die Besetzung eines großen Teiles von Jütland, besänftigte die erzürnten Gemüter nicht ganz. Erst als auf der Londoner Konferenz, wo auch der Deutsche Bund durch einen besonderen Gesandten, Beust, vertreten war, Dänemark alle Vermittlungsvorschläge hartnäckig zurückwies und die deutschen Mächte sich vom Londoner Protokoll lossagten und gänzliche Trennung der Herzogtümer und Einsetzung des Herzogs von Augustenburg forderten, schwand das Mißtrauen im Volk gegen die geheimen Pläne der Großmächte.

Am 1. August kamen bereits die Friedenspräliminarien mit Dänemark und am 30. Oktober der Wiener Friede zustande, in welchem Dänemark beide Herzogtümer nebst Lauenburg gemeinsam an Österreich und Preußen abtrat; die Herzogtümer übernahmen eine Quote der dänischen Staatsschuld (29 Millionen Reichstaler) und sollten den beiden Mächten für die Erstattung der Kriegskosten haften.

Daß die Mächte sich die Erstattung ihrer Kosten vorbehielten, daß besonders Preußen von dem neu zu begründenden Mittelstaat gewisse Zugeständnisse für seine militärische und maritime Machtstellung verlangte, erschien selbstverständlich, und Preußen würde in einem großen Teil des Volkes, welcher sich für das immerhin zweifelhafte Erbrecht des Augustenbursers nur deshalb erwärmt hatte, weil es der einzige Rechtsboden für die vollständige Losreibung der Herzogtümer von Dänemark zu sein schien, jetzt, nachdem dieses Ziel auf anderem Weg erreicht war, auch für seine weiter gehenden Annexionspläne Sympathien gefunden haben, wenn nicht der Verfassungskonflikt noch immer bestanden hätte.

Das Abgeordnetenhaus gefiel sich in einer kleinlichen Opposition gegen Bismarcks so erfolgreiche auswärtige Politik, die Regierung andererseits ... (ließ) sich auch nicht zum kleinsten Zugeständnis in der Militärfrage ... (bewegen).

Die heftigsten Gegner der preußischen Forderungen auf gewisse Oberhoheitsrechte in Schleswig-Holstein waren die Mittelstaaten, ... weil sie in ihrem Selbstbewußtsein durch die Beiseiteschiebung der Bundesexekution und die Ende 1864 von den Mächten geforderte und auch erzwungene Räumung Holsteins von seiten der sächsischen und hannoverschen Exekutionstruppen auf das empfindlichste gekränkt waren.

Eine offene Opposition gegen Preußen wagten die Mittelstaaten 1864 noch nicht, denn gerade damals bedrohte sie Preußen mit Auflösung des Zollvereins, wenn sie bei ihrer Opposition gegen den französischen Handelsvertrag beharrten, und zwang sie zur Unterwerfung. Überdies hatten sie sich noch nicht mit Österreich verständigt. Aber auf ihren Antrieb geschah es, daß der Augustenburger die preußischen Forderungen, die Bismarck ihm in einer persönlichen Unterredung vorlegte, anzunehmen sich weigerte.

Bismarck faßte nun die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen ernstlich ins Auge: ... preußische Konservativen (11. Mai 1864) und ... schleswig-holsteinische Prälaten und Ritter verlangten einen möglichst engen Anschluß an Preußen.

Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg wurden gegen die Augustenburgischen ins Gefecht geführt, und ein Gutachten der preußischen Kronjuristen erklärte die letzteren überhaupt für unberechtigt, da die frühere Verzichtleistung des Vaters des Herzogs Friedrich noch zu Recht bestehe, daß also König Christian IX. der berechtigte Erbe gewesen und durch den Wiener Frieden die beiden Mächte in dessen Recht eingetreten seien.

Zwar erhoben sich nicht bloß die Mittelstaaten gegen diese Deduktion, auch die Bevölkerung Schleswig-Holsteins sprach sich in überwiegender Majorität für die Selbständigkeit des Landes aus, und der deutsche Liberalismus, der im Sechsenddreißiger-Ausschuß sein Organ hatte, forderte vor allem Berufung der schleswig-holsteinischen Stände, um das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung den Schleswig-Holsteinern zu wahren. Indes das Wichtigste für Preußen war die Auseinandersetzung mit dem Mitbesitzer Österreich, und so spitzte sich die schleswig-holsteinische Frage ebenso wie die deutsche zu einer Machtfrage zwischen den beiden Großmächten zu.

Österreich erkannte allmählich, daß es einen Fehler begangen hatte, als es sich in der schleswig-holsteinischen Frage von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die es eben noch unter seiner Hegemonie hatte vereinigen wollen, trennte und aus Rücksicht auf seine Stellung als europäische Großmacht sich der preußischen Politik anschloß.

Der Besitz Schleswig-Holsteins war ihm wertlos, ein territoriales Äquivalent von Preußen nicht zu erlangen, und die von diesem angebotene Allianz und Garantie seiner Besitzungen glaubte es entbehren zu können. Nachdem Graf Rechberg Ende Oktober 1864 durch einen Militär ... ersetzt worden war, suchte dieser sich durch Begünstigung des Augustenburgers mit den Mittelstaaten zu verständigen und die Entscheidung in der Frage dem Bund in die Hände zu spielen.

Am 5. Dezember 1864 schlug Österreich in Berlin vor, die Lande nunmehr tatsächlich dem Herzog Friedrich als dem bestlegitimierten Prätendenten zu übergeben und die Entscheidung über die übrigen Rechtsansprüche dem bundesmäßigen Austrägalgericht zu überweisen. Preußen lehnte das ab. ...<<

**Preußen:** Der preußische Ministerpräsident Bismarck erläutert am 27. Januar 1863 während einer Rede die Gründe für den Verfassungskonflikt wegen der Heeresreform (x237/173): >>...

Die Verfassung verweist ... auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht stillzustehen vermag, werden zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. ...<<

**Sachsen:** Ferdinand Lassalle gründet am 23. Mai 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (erste große Zusammenfassung der politischen Kräfte des Proletariats bzw. Vorläufer der ersten deutschen Arbeiterpartei).

Die Satzung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lautet wie folgt (x056/215-216): >>Unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" begründen die Unterzeichneten

für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.<<

Georg Herwegh schreibt damals für den Arbeiterverein folgendes Lied (x145/125):

>>Bet' und arbeit' ruft die Welt,  
Bete kurz, denn Zeit ist Geld.  
An die Tür pocht die Not –  
Bete kurz, denn Zeit ist Brot.

Mann der Arbeit aufgewacht!  
Und erkenne deine Macht!  
Alle Räder stehen still,  
wenn dein starker Arm es will.<<

Lassalle ist ein gemäßigter, sozialistischer Führer der Arbeiterbewegung, der im Gegensatz zu Marx keine Zwangsenteignung und keine gewaltsame Abschaffung des Eigentums fordert.

Lassalle lehnt alle Formen von Verstaatlichung grundsätzlich ab (x055/219): >>Die(se) Machtverhältnisse, ... wenn sie niedergeschrieben sind, ... sind sie auch zum Recht geworden, zu rechtlichen Einrichtungen, und wer dagegen spricht, wird bestraft!<<

Der schlesische Realpolitiker führt rastlos Verhandlungen mit der preußischen Regierung, um die großen sozialen Probleme zu lösen. Lassalle verhandelt auch mehrfach mit Bismarck, der den gebildeten Arbeiterführer schätzt.

**Dänemark:** Dänemark erklärt im Jahre 1863 die Herzogtümer Schleswig und Holstein, entgegen dem Londoner Abkommen von 1852 (Sonderstellung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein gemäß den sog. "Londoner Protokollen") zu dänischen Provinzen.

**Polen:** Der 3. polnische Aufstand endet für Polen im Januar 1863 mit einer weiteren Katastrophe. Die Polen können die russischen Besatzer zwar nach blutigen Kämpfen aus einigen polnischen Landesteilen vertreiben, aber danach bleibt der erforderliche Volksaufstand der polnischen Bevölkerung aus und verfeindete polnische Nationalisten bekämpfen sich zum Schluß sogar gegenseitig.

Die russische Übermacht setzt sich anschließend wie gewöhnlich gegen die polnischen Rebellen durch. Rußland, Österreich und Preußen vereinbaren damals auch erstmalig grenzüberschreitende Verfolgungen der polnischen Aufständischen und veranstalten in einigen Grenzgebieten "gemeinsame Hetzjagden".

Nach der Niederschlagung des polnischen Aufstandes reagiert Rußland mit gnadenlosen Massenhinrichtungen und großangelegten Verschleppungsaktionen. Im Verlauf der schweren Unruhen kommen mehr als 30.000 Polen um und Zehntausende werden nach Sibirien verschleppt (x056/238). Später setzt in "Kongreßpolen" eine besonders drastische Russifizierung ein. Die Russen entlassen rd. 14.000 polnische Beamte, untersagen die polnische Sprache und reduzieren die Grundschulen des Landes.

**Großbritannien:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1863-1864 (x807/824): >>(Großbritannien) ... Die Thronrede, mit welcher am 5. Februar 1863 das Parlament eröffnet wurde, konnte die Beziehungen Großbritanniens zu den auswärtigen Mächten, die Resultate der Handelsverträge und die innere Wohlfahrt des Landes als durchaus befriedigend bezeichnen.

Den in den Vordergrund der europäischen Ereignisse getretenen polnischen Wirren gegenüber hielt Großbritannien an seinem Prinzip der Nichtintervention fest; freilich ließ sich die Regie-

rung durch die in Großbritannien bestehenden und auf Massenmeetings ausgedrückten Sympathien mit den polnischen Insurgenten dazu verleiten, in immer energischeren Noten in St. Petersburg zu Konzessionen an die Polen zu drängen; da aber weder das Ministerium noch das Land Neigung hatte, sich um Polens willen in einen Krieg mit Rußland zu stürzen, lehnte die russische Regierung, der dies sehr wohl bekannt war, die englischen Ratschläge einfach ab, und dieser diplomatische Feldzug Lord Russells endete so mit einer ziemlich ausgesprochenen Niederlage.

... Während der Parlamentssession von 1864 stand eine Frage der auswärtigen Politik, die schleswig-holsteinische Angelegenheit, im Vordergrund des Interesses. Russell hatte schon in den Verhandlungen des vorigen Jahres entschieden für Dänemark Partei genommen und war dabei von Parlament und Presse, vor allem wegen der Furcht vor der aus einer Erwerbung des Kieler Hafens erwarteten Verstärkung der deutschen Seemacht, aufs kräftigste unterstützt worden.

Als nun aber Österreich und Preußen den Krieg begonnen hatten und Frankreich weder in eine bewaffnete Intervention zu Gunsten Dänemarks noch in eine Flottendemonstration gegen die deutschen Mächte willigte; als auch die Königin ihren persönlichen Willen zu erkennen gab, einen Krieg gegen Deutschland nicht zu unternehmen, mußte Großbritannien abermals, wie in der polnischen Frage, sich mit bloßen Worten begnügen, und Russell wie Palmerston gaben am 27. Juni in beiden Häusern des Parlaments die Erklärung ab, Großbritannien werde neutral bleiben. Das war eine neue entschiedene Niederlage der englischen Politik, welche von der Opposition in beiden Häusern zu einem Angriff gegen die Schwäche der Regierung benutzt wurde.

Die Lords stimmten denn auch einem Tadelsvotum mit neun Stimmen Majorität zu; im Unterhaus aber, wo man doch froh war, dem Krieg entgangen zu sein, und wo man nichts weniger wünschte, als die Tories zur Macht kommen zu lassen, behielt das Ministerium die Oberhand. ...<<

**USA:** Am 1. Januar 1863 wird die Sklavenbefreiung in den USA rechtswirksam.

US-Präsident Lincoln hält im November 1863 bei der Einweihung eines Friedhofes für die in der Schlacht von Gettysburg (1. bis 3. Juli 1863) gefallenen Soldaten folgende Rede (x239/-187): >>Vor 8 Jahrzehnten und 7 Jahren gründeten unsere Väter auf diesem Kontinent einen neuen Staat – gebildet in Freiheit und dem Gedanken geweiht, daß alle Menschen gleich geschaffen sind.

Gegenwärtig sind wir in einen großen Bürgerkrieg verstrickt, in dem es sich erweisen wird, ob dieser Staat ... Bestand haben kann. ...

Wir wollen uns hier hochgemut geloben, daß sie (die Toten) nicht vergebens gefallen sein sollen, daß die Nation unter Gottes Führung zu neuer Freiheit geboren und daß die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk nicht von dieser Erde verschwinde ...<<

## 1864

**Preußen:** Ein Berliner Polizeibeamter sagt am 9. Januar 1864 vor der Wahluntersuchungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses aus (x261/106-107): >>Ich war bei der Stadtvogtei (Polizeibehörde) hierselbst als Hilfsaufseher angenommen. Am 11. oder 12. Oktober 1863 versammelte der Direktor Drygalski die Beamten der Stadtvogtei.

Der Direktor sagte: Dieser Befehl des Ministers (anlässlich der Wahlen von 1863 hatte der preußische Minister des Innern, Graf Eulenburg, in einem Erlaß die Beamten aufgefordert, regierungstreu zu wählen, weil die Unterstützung der Opposition durch Beamte nicht mit ihrem Eid auf den König zu vereinbaren sei) sei auch der des Polizei-Präsidenten und sein eigener.

Wer sich einfallen ließe, Demokraten oder sogenannte Fortschrittmänner zu wählen, werde auf der Stelle aus dem Dienst entlassen. Es dürfte keiner unter dem roten Kragen stecken, der

nicht dem Befehl der Regierung gehorche; wir seien Diener des Königs, und wie wir selbst nicht leiden würden, daß unser Bedienter anders handele als wir, so könne das auch nicht von uns geduldet werden.

Wer gar nicht wähle, würde auch seines Dienstes entlassen. Damit sich aber keiner entschuldigen könne, er habe nicht gewußt, wem er seine Stimme zu geben habe, so bekomme jeder Beamte einen Zettel, auf dem der Name eines Vertrauensmannes stände, bei welchem er sich die zu Wählenden zu erfragen habe.

Nach der Wahl würden der Polizei-Präsident und der Direktor die Wahllisten durchnehmen, und dann würde der Beamte, welcher anders gehandelt habe, sofort ohne Umstände seines Dienstes entlassen werden. Raus müsse er jedenfalls. ...<<

Der katholische Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877, ab 1850 Bischof von Mainz, 1871-72 Reichstagsabgeordneter des Zentrums) schreibt im Jahre 1864 über das körperliche und seelische Elend der Arbeiter (x233/79): >>Die Aufgabe des Christentums ist es, die Welt von der neuen Form der Sklaverei zu befreien. ...

Das erste Hilfsmittel, welches die Kirche dem Arbeiterstande auch fortan bieten wird, ist die Gründung und Leitung der Anstalten für den arbeitsunfähigen Arbeiter. ...

Das dritte Hilfsmittel, wodurch das Christentum dem Arbeiterstande hilft, besteht in seinen Wahrheiten und Lehren, die dem Arbeiterstande zugleich die wahre Bildung geben. ... So hat das Christentum seit achtzehnhundert Jahren alle Menschen und alle Arbeiter ermahnt und aufgefordert, alle ihnen anvertrauten Kräfte an Leib und Seele zu gebrauchen und anzuwenden. ...<<

**Dänemark:** Da Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein 1863 eigenmächtig zu dänischen Provinzen erklärt, kommt es im Jahre 1864 zum Krieg gegen Österreich und Preußen. Am 18. April 1864 besiegen die preußisch-österreichischen Truppen (60.000 Soldaten), die Dänen bei Düppel (Dorf nahe dem Alsensund), erobern im Juni 1864 die dänische Insel Alsen (deutsche Verluste = 1.170 Soldaten) und vertreiben die Dänen aus Nordschleswig.

Dänemark wartet damals bis zum Schluß vergeblich auf die erhoffte britische Waffenhilfe und muß nach der Niederlage Schleswig, Holstein und Lauenburg abtreten.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Erstürmung der Düppeler Schanzen im Jahre 1864 (x805/231-232): >>Düppel, Dorf in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, Kreis Sonderburg, in der Landschaft Sundewitt ...

Bis zum Krieg von 1864 hatten sich die Dänen hier mit allen Mitteln der neueren Befestigungskunst eine sehr starke Stellung geschaffen mit einer Frontausdehnung von nur 4.000 Schritt, gedeckt durch zehn Schanzen, welche, auf Hügeln angelegt, das ganze Terrain beherrschten und den Schlüssel zu Alsen bildeten. Beide Flügel dieser Stellung stützten sich auf das Meer und die dort kooperierende Flotte, während die rechte Flanke überdies durch die Alsener Strandbatterien geschützt wurde. Durch einen großen Brückenkopf war die Verbindung mit dieser Insel sichergestellt. Alle nur möglichen künstlichen Hindernisse waren außerdem angebracht.

Die Preußen standen bereits in der ersten Hälfte des Februar 1864 vor dieser Befestigungslinie, doch gewann der Oberbefehlshaber Prinz Friedrich Karl bald die Überzeugung, daß die Befestigungen nur durch eine regelmäßige Belagerung genommen werden könnten. Da für den Augenblick das erforderliche Geschütz mangelte, so konnte die erste Parallele erst am 28. März eröffnet werden, worauf nach Vollendung der dritten Hauptparallele, am 18. April morgens 10 Uhr, überraschend schnell und glücklich die Erstürmung der Schanzen vor sich ging; die Preußen verloren 1.100 Mann und 70 Offiziere an Toten und Verwundeten. ...<<

Der deutsche Maler Wilhelm Kügelgen (1802-1867) schreibt im Juli 1864 über den preußischen Sieg bei Düppel (x105/107): >>Das Verhalten der vom Landtag bisher so mit Kot beworfenen Armee im dänischen Kriege ist wahrhaft herzerhebend. ... Die Offiziere waren im

Gefecht immer voran und doch nie im Stich gelassen von ihren Leuten, daher die Preußen, auch wo sie sich in der Minderzahl befanden und nichts als Kolben und Bajonette brauchen konnten, doch immer siegreich waren. ...

So tapfer und entschlossen die Leute in den Tod gingen, so freundlich haben sie sich gegen die gefangenen Dänen gezeigt, mit denen sie alles teilten; man hat gesehen, daß unsere Soldaten gefallene Dänen, die sie selbst niedergestreckt hatten, sich aufluden und auf die Verbandsplätze schleppten.<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den "Deutsch-Dänischen Krieg von 1864" (x824/993-994): >>**Deutsch-Dänischer Krieg von 1864.**

Am 15. November 1863 war der letzte dänische König aus dem Mannsstamme des Hauses Oldenburg, Friedrich VII., gestorben, und am 18. November unterzeichnete der Nachfolger, Christian IX., einen Verfassungsentwurf, wonach Schleswig zu Dänemark geschlagen werden sollte. Zugleich aber erklärte auch Prinz Friedrich von Augustenburg seinen Regierungsantritt als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein und wurde in den Herzogtümern überall als solcher proklamiert.

Da der Deutsche Bund die Bundesexekution gegen Dänemark beschlossen hatte, rückten 12.000 Mann Hannoveraner und Sachsen am 23. Dezember in Holstein ein, das die Dänen ohne Widerstand räumten. Bei Hamburg sammelten sich eine österreichische, bei Lübeck eine preußische Brigade, zusammen 10.000 Mann, als Reserve für die in Holstein befindlichen Bundestruppen. Österreich und Preußen aber erklärten sich jetzt dem Bunde gegenüber für die Einhaltung des Londoner Vertrags von 1852, verlangten daher die Ausweisung des Augustenburgers aus Kiel und forderten am 16. Januar zugleich von Dänemark die sofortige Aufhebung der Verfassung vom 18. November 1863.

Als Dänemark diese Forderung abwies, ließen Österreich und Preußen am 1. Februar 1864 ihre inzwischen auf 45.000 Mann verstärkten Truppen unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Wrangel die Eider überschreiten. Der Einmarsch erfolgte in drei Kolonnen: rechts ein preußisches Armeekorps unter Prinz Friedrich Karl (von Kiel her), in der Mitte ein österreichisches Armeekorps unter Feldmarschall-Leutnant von Gablenz (von Rendsburg her) und links eine aus den neuerrichteten Garderegimentern zusammengestellte preußische Division. Die Dänen standen hinter der Schlei und dem Danewerk in starker, jedoch zu weit ausgedehnter Stellung unter General de Meza.

Ein am 2. Februar von den Preußen gegen Missunde unternommener Vorstoß wurde zurückgeschlagen, weshalb Prinz Friedrich Karl sein Korps am 6. Februar bei Arnis und Kappeln auf Fähren und einer Pontonbrücke die Schlei überschreiten ließ, um von hier aus den Dänen den Rückzug abzuschneiden. Das österreichische Korps hatte am 3. Februar in siegreichen Gefechten bei Oberselk und Jagel die dänischen Vortruppen zurückgeworfen und stand vor der Danewerk-Stellung, als die Dänen, welche die drohende Gefahr merkten, diese Stellung in der Nacht vom 5. zum 6. Februar räumten, sodaß die Preußen zu spät kamen und nur die Österreicher am 6. Februar die dänische Nachhut bei Översee schlagen konnten.

Die Dänen gingen in die stark befestigte Düppelstellung und nach Alsen zurück, das preußische Armeekorps folgte ihnen, während das österreichische Armeekorps nebst der preußischen Gardedivision bis an die Nordgrenze Schleswigs vorrückte und Kolding besetzte. Am 28. März wurde vor Düppel die Belagerung eröffnet und am 18. April die Stellung unter Mitwirkung der preußischen Gardedivision erstürmt. Die Dänen gingen nach Alsen zurück und räumten am 28. April auch Fredericia, das seit dem 9. März von dem österreichischen Korps eingeschlossen war und nun von diesem besetzt wurde. Auch Jütland war von Teilen der preußischen Gardedivision bis zum Lim-Fjord besetzt worden.

Inzwischen war ein österreichisches Geschwader in der Nordsee erschienen und hatte sich mit zwei preußischen Kanonenbooten vor der Elbemündung vereinigt. Dies Geschwader lieferte

am 9. Mai bei Helgoland den dänischen, zur Blockade der Nordseeküste bestimmten Schiffen ein Gefecht, wurde aber geschlagen; doch verließen die dänischen Schiffe die Nordsee und gaben die Blockade auf.

Vom 12. Mai bis 26. Juni trat (der) Waffenstillstand ein, während dessen in London unter Mitwirkung Beusts, des Vertreters des am Kriege nicht beteiligten Deutschen Bundes, Verhandlungen stattfanden, die jedoch erfolglos blieben, da Dänemark die Anerkennung der Rechte der Herzogtümer hartnäckig verweigerte. So begann der Krieg von neuem, und schon am 29. Juni überschritten zwei preußische Brigaden den Alsensund und eroberten Alsen.

Vom 11. Juli an gingen auch Preußen und Österreicher über den Lim-Fjord und besetzten den nördlichen Teil von Jütland, ebenso wurden die schleswigschen Nordsee-Inseln in Besitz genommen. Man bereitete schon den Übergang nach Fünen vor, als am 20. Juli Waffenstillstand eintrat, der den Krieg beendete. Der Friede wurde am 30. Oktober zu Wien geschlossen (Wiener Friedensschlüsse); Dänemark trat die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über den Deutsch-dänischen Krieg 1864 (x057/153): >>Seit dem Wiener Kongreß (1815) war der König von Dänemark als Herzog von Schleswig und Holstein für Holstein Mitglied des Deutschen Bundes.

Die dänische Nationalpartei aber erstrebte die Einverleibung Schlesiws. Dies veranlaßt die Herzogtümer, die seit 1460 "up ewig ungedeelt" bleiben sollten, zur Erhebung und Loslösung von Dänemark (1848). Im Bund mit Preußen wurde ein zunächst erfolgreicher Krieg geführt, aber durch das Londoner Protokoll (1852) die Personalunion beider Herzogtümer mit Dänemark wieder hergestellt.

Auf Drängen der Eiderdänen wurde eine Gesamtverfassung für Dänemark einschließlich der Provinz Schleswig erlassen. Das bedeutete die Einverleibung Schlesiws und somit den Bruch des Londoner Abkommens. Dagegen erhob sich die nationale Bewegung in Deutschland; die öffentliche Meinung verlangte die Unabhängigkeit Deutschlands unter dem Herzog von Augustenburg, um die alte Grenzmark dem Deutschtum zu erhalten. Bismarck ging eigene Wege, deren Ziel der Besitz Schleswig-Holsteins für Preußen war. Er forderte von Dänemark im Gegensatz zur Volksmeinung die Einhaltung des Londoner Protokolls.

Im Bund mit Österreich, das sich nur widerwillig anschloß, überschritten die preußischen Truppen die Eider (1864). Nach den Plänen des Generalstabschefs von Moltke errangen die Verbündeten einen raschen Sieg (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen). Im Frieden von Wien (1864) trat Dänemark die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an die verbündeten Sieger ab. Deutschland hatte zwei Grenzländer zurückgewonnen und die Einmischung des Auslandes abgewehrt.

Über die Frage des Schicksals der beiden Herzogtümer kam es zum Konflikt mit Österreich (1866), den Bismarck zur Beseitigung des Dualismus und zur Einigung Deutschlands für unumgänglich hielt. ...<<

Die gemeinsame preußisch-österreichische Verwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein führt später zu endlosen Streitereien und löst am Ende zwangsläufig den von Bismarck beabsichtigten Machtkampf zwischen Preußen und Österreich aus. Da Preußen unter Bismarcks zielstrebigem Führung die Vormachtstellung in Deutschland fordert, ist eine gewaltsame preußisch-österreichische Auseinandersetzung unausweichlich. Bismarck weiß spätestens seit 1850 (gewaltsame Wiederherstellung des Frankfurter Bundestages durch die Habsburger), daß die Habsburger niemals kampfflos auf ihre führende Machtposition im Deutschen Bund verzichten würden.

Der österreichische Außenminister Graf Rechberg schreibt im Jahre 1864 über den deutschen Dualismus (x239/142-143): >>Wir halten unerschütterlich fest am Bundesverbande und sind entschieden, mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte ihn aufrecht zu erhalten. ...

Unserm engeren Anschluß an Preußen (seit der Waffenbrüderschaft gegen Dänemark) muß vor allem als Bedingung vorangehen die Aufrechterhaltung unseres bundesverfassungsmäßigen Verhältnisses zu Preußen. Die können wir nicht alterieren (ändern) lassen. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Dänemarks im Jahre 1864 (x804/515-516): >>(Dänemark) ... Am 16. Januar 1864 verlangten Österreich und Preußen auf Grund des auch im Londoner Protokoll bestätigten Rechtes Schleswigs und Holsteins auf Zusammengehörigkeit und gemeinschaftliche Verfassung die Aufhebung der eiderdänischen Verfassung. In törichtem Vertrauen auf die Hilfe der Großmächte, namentlich Englands, lehnte das Ministerium Monrad die Forderung ab und führte damit einen neuen deutsch-dänischen Krieg herbei.

Die österreichischen und preußischen Truppen überschritten am 1. Februar die Eider und zwangen die Dänen ... durch einige Gefechte und eine Umgehung ihrer linken Flanke am 5. Februar zur Räumung des Danewerkes. Dieselben zogen sich hinter die Düppeler Schanzen zurück, welche am 18. April von den Preußen erstürmt wurden, während die Österreicher in Jütland eindringen.

Auf einer Konferenz der Mächte in London (25. April bis 25. Juni), welche vermitteln wollte, lehnte Dänemark in hartnäckiger Verblendung sowohl eine Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark als eine Teilung Schleswigs ab.

Der Krieg begann also von neuem mit der Eroberung Alsens durch die Preußen (29. Juni) und der Besetzung ganz Jütlands. Schon war ein Übergang der Verbündeten nach Fünen geplant, als Dänemark am 18. Juli Waffenstillstand schloß und im Frieden zu Wien am 30. Oktober 1864 die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen abtrat.

Durch die Abtretung der drei Herzogtümer war Dänemark auf einen Umfang beschränkt, wie es ihn so klein noch nie gehabt hatte. Der seit 1850 hochgeschwellte Nationalstolz des Volkes hatte eine empfindliche Demütigung erlitten. Indes war der Geist des Volkes ungebrochen, und es wandte seine Kräfte mit verdoppeltem Eifer und überraschendem Erfolg der Hebung seiner geistigen und materiellen Kultur zu. Die bisher ausschließlich herrschende nationalliberale und eiderdänische Partei, deren Politik so völlig Schiffbruch gelitten, verlor allerdings ihren Einfluß und die Hauptstadt ihr Übergewicht über das Land. ...<<

**Rußland:** Der russische Außenminister Alexander Michailowitsch Gortschakow (1798-1883, von 1856-82 Außenminister) rechtfertigt im Jahre 1864 die russischen Expansionen in Asien (x239/186): >>Die Situation Rußlands in Zentralasien ist die aller zivilisierter Staaten, welche sich in Kontakt mit nomadisierenden, halbwilden Völkerschaften ohne feste Organisation befinden.

Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Falle, daß der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe. Zunächst sind ihre Einfälle und Plünderungen zurückzuweisen. Um denselben ein Ende zu machen, ist man genötigt, die Grenzbevölkerung zu einer mehr oder minder direkten Unterwerfung zu zwingen.

Ist dieses Resultat erreicht, so nehmen die Grenzbewohner ruhigere und seßhaftere Gewohnheiten an, dafür werden sie aber nunmehr von ferner lebenden Stämmen beunruhigt.

Der Staat ist verpflichtet, jene zu schützen, diese zu züchtigen. Daraus entspringt die Notwendigkeit entfernter, kostspieliger, sich stets wiederholender Expeditionen gegen einen Feind, den seine Organisation eigentlich unangreifbar macht. Jeder Schritt vorwärts führt zu neuen Schritten, jede überwundene Schwierigkeit zu neuen Schwierigkeiten. ...<<

Bis 1864 gründen die emsigen deutschen Siedler in Rußland mehr als 190 Siedlungen, die sich von der Ukraine bis zum Ural erstrecken. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts siedeln bereits rd. 1,8 Millionen Deutsche in Rußland, davon leben fast 1,65 Millionen im europäischen Teil des Landes (x077/62).

**Schweiz:** Am 22. August 1864 unterzeichnen die Bevollmächtigten aus 16 Staaten in Genf das erste internationale Abkommen (sog. "Genfer Konvention") zum Schutz der Verwundeten, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung. Während der Genfer Konvention gründet man außerdem das Rote Kreuz, um das Los der Verwundeten und Kranken der Kriegsparteien zu mildern.

Mit der Gründung des Roten Kreuzes versucht man, endlich die furchtbaren Folgen des Krieges zu "humanisieren" und will vor allem den Verwundeten und Kriegsgefangenen eine medizinische Versorgung und menschliche Behandlung gewährleisten.

Zur wichtigsten Bestimmung des internationalen Vertrages zählt, daß alle verwundeten oder kranken Soldaten, ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit, von der gegnerischen Kriegspartei, die sie gefangen genommen hat, medizinisch versorgt und gepflegt werden. Lazarette, Ärzte, Krankenpfleger und Feldgeistliche sind während der Kampfhandlungen besonders zu schützen. Das Erkennungszeichen des "Roten Kreuzes" wird ein rotes Kreuz auf weißem Feld (islamische Länder: Roter Halbmond).

Der eigentliche Begründer dieser Hilfsorganisation ist der schweizerische Kaufmann und Schriftsteller Henri Dunant.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Genfer Abkommen" (x051/209): >>Genfer Abkommen (Genfer Konventionen), Bezeichnung für eine Reihe von in Genf geschlossenen internationalen Verträgen zum Schutz von Verwundeten und kranken Soldaten, Kriegsgefangenen und Zivilpersonen im Krieg: Das 1. Genfer Abkommen wurde auf Anregung Henri Dunants (1828-1910) am 22.8.1864 von 16 Staaten (darunter Preußen und anderen Mitgliedern des Deutschen Bundes) geschlossen und betraf Soldaten im Landkrieg.

Es legte zudem das Schutzzeichen des Roten Kreuzes fest und wurde 1899 auf den Seekrieg ausgeweitet. Ein 2. Genfer Abkommen vom 6.7.1906 erweiterte das 1. wesentlich und wurde von 40 Staaten ratifiziert. Am 27.7.1929 einigten sich 15 Staaten auf ein weiteres (3.) Genfer Abkommen, das insbesondere die Behandlung der Kriegsgefangenen regelte, und am 12.8.1949 vereinbarten 59 Regierungen ein 4. Genfer Abkommen "zum Schutz der Kriegssopfer", das heute von nahezu allen Ländern ratifiziert ist.

Die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gültigen ersten drei Genfer Abkommen, die Kriegsbetroffene v.a. vor Tötung, Verstümmelung, Folter, Geiselnahme und Verletzung der Menschenwürde bewahren sollten, wurden von nahezu allen Krieg führenden Parteien verletzt. Deutscherseits entsprach das Verhalten auf den westlichen Kriegsschauplätzen im allgemeinen wenigstens ansatzweise den Genfer Abkommen, während der "Weltanschauungskrieg" im Osten fast ohne Rücksicht auf Geist oder gar Buchstaben der Genfer Abkommen geführt wurde (u.a. Einsatzgruppen).<<

Ferdinand Lassalle stirbt am 31. August 1864 in der Nähe von Genf (Schweiz). Der erfolgreiche Gewerkschaftsführer und bekannte sozialistische Politiker kommt infolge eines Eifersuchtsdramas wegen einer Beziehung zu Helene von Dönniges nach einem Pistolenduell mit dem Bojaren Rakowitz um.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand Lassalle (x810/532-533): >>Lassalle, Ferdinand, hervorragender deutscher Gelehrter und Begründer der Sozialdemokratie in Deutschland, wurde am 11. April 1825 zu Breslau geboren als Sohn eines reichen israelitischen Seidenhändlers, Lassal (Ferdinand Lassalle schrieb sich "Lassalle" erst nach einem Pariser Aufenthalt im Jahre 1846), der ihn für den Handelsstand bestimmt hatte und deshalb auf die Leipziger Handelsschule schickte.

Aber Lassalle hatte keine Neigung für den kaufmännischen Beruf, er wollte sich der Wissenschaft widmen. Nach zwei Jahren verließ er im Sommer 1841 heimlich Leipzig, bereitete sich dann mit eisernem Fleiß in kurzer Zeit auf das Abiturientenexamen vor, bestand dieses, über-

raschte damit seinen Vater und studierte nun auf den Universitäten Breslau und Berlin Philosophie, Philologie und Archäologie.

Seine hohe Begabung, seine ungewöhnlichen Kenntnisse, sein ernstes wissenschaftliches Streben erregten die Aufmerksamkeit seiner akademischen Lehrer; früh trat er in engere freundschaftliche Beziehungen zu hervorragenden Gelehrten, so namentlich in Berlin zu ... Alexander von Humboldt und anderen. Heine, den er in Paris 1846 kennen lernte, entwarf eine glänzende Schilderung von den Talenten, der Energie und dem sicheren, selbstbewußten Auftreten des jungen Lassalle

Lassalle wurde ein begeisterter Anhänger der Hegelschen Philosophie. Schon während seiner Universitätszeit arbeitete er an einem Werk über den griechischen Philosophen Heraklit, mit dem er seine wissenschaftliche Laufbahn beginnen wollte. Aber seine Studien wurden dadurch unterbrochen, daß er im Winter 1844/45 in Berlin die Gräfin Sophie Hatzfeldt kennen lernte.

Die Gräfin, eine Tochter des Fürsten Hatzfeldt-Trachenberg, damals fast 40 Jahre alt, aber noch eine schöne und imposante Erscheinung, eine geistreiche Frau, war in einer traurigen Lage. Im Alter von 16 Jahren war sie zu einer Konvenienzheirat mit dem mißgestalteten reichen Grafen Edmund von Hatzfeld-Weisweiler gezwungen worden. Die Ehe war eine sehr unglückliche. Die fortgesetzte schlechte Behandlung von seiten ihres Gemahls hatte die Gräfin veranlaßt, sich von demselben zu trennen.

Als Lassalle sie kennen lernte, hatte ihr der Graf, während er mit Mätressen ein ungeheures Vermögen verschwendete, jede Unterstützung versagt und wollte ihr auch das einzige Kind, das man ihr gelassen hatte, den jungen Grafen Paul, entreißen. Das Unglück der schönen, von ihren Verwandten verlassen Frau ging dem jungen, ritterlich gesinnten Lassalle zu Herzen. Sein Rechtsgefühl empörte sich, seine trotzige Kampflust erwachte. Er bot der Gräfin sein Vermögen und seine Dienste an und begab sich nun mit ihr nach der Rheinprovinz, um dort den Kampf gegen den Grafen aufzunehmen. Fast zehn Jahre lang hat er denselben geführt und schließlich siegreich durchgeföhrt.

1851 wurde die Ehe geschieden, der Graf für den schuldigen Teil erklärt. Aber auch nach der Ehescheidung waren noch viele Prozesse wegen der Vermögensauseinandersetzung zu führen. Sie endeten damit, daß die Gräfin ein großes Vermögen erhielt. Lassalle und die Gräfin lebten dann bis zu seinem Tod fortwährend an denselben Orten und in dem engsten freundschaftlichen Verkehr.

In jenem Kampf wurde Lassalle auch in einen Kriminalprozeß, der seiner Zeit viel Aufsehen machte, verwickelt. Zwei Freunde von Lassalle und der Gräfin, Doktor Mendelssohn und Assessor Oppenheim, hatten im August 1846, um in den Besitz eines Kontraktes zu gelangen, durch welchen der Graf Hatzfeldt seiner Mätresse, der Baronin von Meyendorff, eine jährliche Rente von 25.000 Franc ausgesetzt hatte, im Mainzer Hof zu Köln sich einer Kassetten der Baronin bemächtigt. Oppenheim hatte die Kassetten von dem Reisegepäck der Baronin genommen und Mendelssohn übergeben, der sie in seinem Koffer unterbrachte.

Gleich darauf mußten sie ihre Beute, die das gesuchte Aktenstück nicht enthielt, im Stich lassen und flüchten. Zuerst wurde Oppenheim 1846 wegen Diebstahls angeklagt, aber freigesprochen. Darauf wurde noch im Jahre 1846 Mendelssohn wegen Teilnahme am Diebstahl angeklagt und nach langen Verhandlungen im Februar 1848 verurteilt.

Auf Grund der Aussage eines bestochenen Zeugen wurde nun auch Lassalle als "intellektueller Urheber des Diebstahls" im März 1848, nachdem er schon 1847 deshalb kurze Zeit inhaftiert gewesen (war), in Untersuchungshaft genommen, in den Anklagestand versetzt, aber nach einer glänzenden Verteidigungsrede am 11. August 1848 freigesprochen ...

Aus dem Gefängnis entlassen, stürzte sich Lassalle in die politische Agitation. Seine Anschauungen waren die der radikalen Demokratie. Unter den Führern derselben nahm er sofort

neben Marx, Freiligrath, Becker etc. einen hervorragenden Platz ein, durch den Verkehr mit Marx wurde er auch zum Sozialisten.

Wegen einer am 22. November 1848 zu Neuß gehaltenen Rede verhaftet und angeklagt, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben, wurde er nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft am 3. Mai 1849 von den Geschworenen zu Düsseldorf freigesprochen. ... Trotz der Freisprechung wurde aber Lassalle nicht aus dem Gefängnis entlassen, sondern jetzt wegen ... eines geringeren Vergehens, die Bürgerwehr zur Widersetzlichkeit gegen die Beamten aufgefordert zu haben, angeklagt und vom Korrektionstribunal am 5. Juli 1849 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach Beendigung der Hatzfeldschen Prozesse (1854) widmete sich Lassalle, zuerst in Düsseldorf, dann in Berlin, wohin er 1857 übersiedelte, wissenschaftlichen Studien. Die Frucht derselben waren zwei größere Werke, welche durch die Originalität der Auffassung und scharfsinnige Kritik bisheriger Lehrmeinungen dem Verfasser in der Gelehrtenwelt einen geachteten Namen verschafften.

Das eine: "Die Philosophie Herakleitos' des Dunklen von Ephesos" (Berlin 1858, 2 Bände), gehört dem Gebiet der Geschichte der Philosophie an, das andere: "Das System der erworbenen Rechte, eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie" (Leipzig 1860, 2 Bände), ist rechtsphilosophischer Art, aber zugleich eine wissenschaftliche Verteidigung der radikalen politischen Grundanschauungen Lassalles.

Zwischendurch erschien auch sein historisches Trauerspiel "Franz von Sickingen" (Berlin 1859), ein Werk voll kühner, genialer Gedanken trotz aller Schwächen in ästhetischer und formaler Beziehung und von hohem Interesse durch die deutschnationale Gesinnung des Dichters, eines begeisterten Anhängers des deutschen Einheitsstaates.

Diese Gesinnung tritt noch stärker hervor in der während des italienischen Krieges erschienenen Broschüre "Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens" (Berlin 1859), in welcher er die preußische Neutralität Frankreich gegenüber billigte, aber riet, Preußen solle den günstigen Augenblick der Beschäftigung seiner Gegner benutzen, gegen Dänemark vorgehen, um Schleswig-Holstein zu erobern, den Dualismus in Deutschland beseitigen und die deutschen Stämme mit Ausschluß Österreichs unter einer nationalen demokratischen Regierung einigen, ebenso in der Abhandlung "Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart" (Hamburg 1860) und in seiner Festrede auf Fichte am 19. Mai 1862:

"Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes" (Berlin 1862), in denen er als die höchste und wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Herstellung eines deutschen Einheitsstaates unter Preußens Führung bezeichnete und die Frage der Freiheit hinter die der Einheit stellte.

Im März 1862 erschien als eigenes Buch ... ("Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker", Berlin 1862). In der Konfliktzeit versuchte Lassalle die Fortschrittspartei zum passiven Widerstand, zur Niederlegung des Mandats in Masse, zu bewegen und hielt auch in diesem Sinn öffentliche Vorträge: "Über Verfassungswesen" (Berlin 1862), "Was nun?" (Berlin 1862).

Da die Fortschrittspartei diese Politik verwarf, glaubte Lassalle die Zeit gekommen, eine eigene demokratische Partei bilden zu können. Er versprach sich einen Erfolg aber nur bei einem Programm, das zugleich Vorschläge über die Lösung der sozialen Frage enthielte. Zu diesem Zweck hielt er am 12. April 1862 in einer großen Arbeiterversammlung einen Vortrag: "Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes".

Auf Grund dieses Vortrages wurde Lassalle wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens durch öffentliche Anreizung der Angehörigen des Staates zum Haß gegeneinander angeklagt und am 16. Januar 1863 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, aber in zweiter Instanz freigesprochen. ... Sein Auftreten für die Arbeiterklasse veranlaßte am 10. Februar 1863 ein Arbei-

terkomitee in Leipzig, welches damals einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß berufen wollte, sich an Lassalle zu wenden und seine Ansicht über den Kongreß und über die Arbeiterfrage zu erbitten.

Lassalle antwortete nach 14 Tagen in einer Broschüre: "Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee etc." (Zürich 1863), in welcher er sein sozialistisches Programm entwickelte. Er riet dem Komitee, dieses Programm, dessen Hauptpunkt die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Hilfe des Staatskredites war, anzunehmen, den Kongreß nicht zu halten, aber einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu gründen, der sich zunächst nur die eine Aufgabe stelle, für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung zu agitieren, um, wenn dies erreicht sei, mit Hilfe des Stimmrechtes die Macht im Staat für den Arbeiterstand zu erlangen und dann das sozialistische Programm durchzuführen.

Das Komitee folgte dem Rat, Lassalle wurde von ihm veranlaßt, in Leipzig am 16. April (Lassalles Rede "Zur Arbeiterfrage"), in Frankfurt am 17. und 19. Mai ("Arbeiterlesebuch", Frankfurt am Main) und anderen Orten zu sprechen, am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Leipzig mit etwa 600 Mitgliedern gegründet und Lassalle zum Präsidenten gewählt.

In dieser Stellung entfaltete er eine umfassende agitatorische Tätigkeit, aber seine Erfolge waren sehr gering. Kaum einige tausend Arbeiter gelang es ihm zu gewinnen.

Sein Hauptkampf war gegen Bourgeoisie und Liberalismus gerichtet. Dieser Kampf verwickelte Lassalle in eine Reihe von Kriminalprozessen, schließlich sogar in einen Hochverratsprozeß auf Grund einer gedruckten Ansprache: "An die Arbeiter Berlins" (Berlin 1863), in welcher er ausführte, daß die oktroyierte preußische Verfassung nicht zu Recht bestehe, und die Arbeiter aufforderte, in den Verein zu treten, um diese Verfassung zu stürzen. Er wurde in diesem Prozeß am 12. März 1864 freigesprochen, aber in anderen verurteilt.

Die Agitation hatte Lassalles Gesundheit zerrüttet. Zur Stärkung derselben ging er, nachdem er noch im Mai 1864 am Rhein in den ihm ergebenen Arbeiterdistrikten einen Triumphzug gehalten (hatte), im Juni 1864 nach der Schweiz.

Lassalle traf dort mit Helene von Dönniges, der Tochter eines bayerischen Diplomaten, zusammen, welche, ihm selbst schon von früher her bekannt, damals mit einem Walachen, Janako von Rakowitz, verlobt war. Sein Verhältnis zu dieser Dame führte zu einem Pistolenduell zwischen Lassalle und Rakowitz in Genf am 28. August 1864, in welchem Lassalle tödlich verwundet wurde. Er starb am 31. August 1864.

Außer den erwähnten Agitationsschriften erschienen noch: "Macht und Recht" (Zürich 1863); "Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag" (Düsseldorf 1863); "Der Hochverratsprozeß wider Ferdinand Lassalle etc." (Berlin 1864); "Die Agitation des allgemeinen deutschen Arbeitervereins" etc.; Lassalles letzte Rede (Berlin 1864) ...<<

**Luxemburg:** Michel Lenz (1820-1893) verfaßt im Jahre 1864 den Text der späteren Nationalhymne Luxemburgs (x230/101):

>>Wo durch die Au die Else zieht,  
Durch Fels die Sauer bricht,  
Das Tal der Mosel duftig blüht,  
Die Sonne Wein verspricht:  
Dort ist das Land, für das wir gern  
Hienieden alles wagen,  
Das Heimatland, das wir so tief  
In unsern Herzen tragen.<<

**Großbritannien:** Karl Marx gründet im Jahre 1864 in London die erste Internationale Arbeitervereinigung. Da diese kommunistische Vereinigung einen allgemeinen gesellschaftlichen Umsturz anstrebt, wird sie schon bald in fast allen Ländern verboten.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Internationale" (x808/1.000-1.001): >>Internationale, eine sozialdemokratische Arbeiterverbindung, deren Gründung, durch Karl Marx und andere Vertreter der radikalsten politischen und sozialistischen Ideen lange geplant, am 28. September 1864 auf einem Meeting in St. Martin's Hall in London von Sozialisten und radikalen Republikanern aller Länder beschlossen wurde.

Die Verbindung war der erste Versuch, die Sozialdemokratie zu einer einheitlich organisierten internationalen Partei zu machen, um als revolutionäre Agitationspartei gleichzeitig in allen Ländern für die Verwirklichung des Marxschen radikalen sozialdemokratischen Programms und seines Volksstaates zu agitieren und die soziale Revolution vorzubereiten.

Auf jenem Meeting wurde ein Ausschuß von 50 Personen eingesetzt, um Programm und Statut der Verbindung vorzubereiten; ein späterer internationaler Kongreß sollte darüber beraten und entscheiden. Karl Marx, die Seele der Bewegung, entwarf beides und fand die Zustimmung sowohl des Ausschusses als des ersten ... konstituierenden internationalen Kongresses zu Genf im Jahr 1866.

Das Programm lautet:

"In Erwägung, daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß; daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für die Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft bedeutet; daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet; daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte; daß alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existiert, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt; daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den ... Ländern Europas, während es neue Hoffnungen rege macht, eine feierliche Warnung vor einem Rückfall in alte Irrtümer enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert: aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongreß, die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen, Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen.

Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes oder Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte."

Die Organisation der Internationale war folgende:

Von den Lokalsektionen (den Mitgliedern der Internationale an einem Ort) wurden Delegierte gewählt; diese bildeten die Föderationen; die Delegierten der Föderationen bildeten dann den Kongreß, der jährlich zusammentreten und das souveräne Vereinsorgan sein sollte.

Neben ihm war das leitende Verwaltungsorgan der Generalrat (Sitz in London), in dem zugleich die Generalsekretäre für die einzelnen Länder funktionierten. (Karl Marx war der Generalsekretär für Deutschland).

Kongresse fanden nacheinander statt in Genf (1866), Lausanne (1867), Brüssel (1868), Basel (1869). Durch die Beschlüsse auf diesen Kongressen wurde das radikale positive politische

und ökonomische Programm im einzelnen festgestellt, das letztere namentlich durch die Beschlüsse in Brüssel und Basel.

Die Internationale gewann schnell in allen industriellen Ländern (außer in England) Boden, die Zahl der Mitglieder bezifferte sich bald auf viele Hunderttausende, mit den äußeren Erfolgen wuchs die Zuversicht der Führer auf den Sieg der nahen sozialen Revolution, die Geschicklichkeit, aber auch die Kühnheit der Agitation - nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges und der Gründung der französischen Republik trug man sich sogar mit dem Gedanken an die Ausführbarkeit einer sozialen Revolution in Deutschland, wo die Internationale zahlreiche Mitglieder und unter der Führung von Bebel, Liebknecht, Bracke etc. die beste Organisation hatte. In der Kommune von Paris, im Frühjahr 1871, feierte sie ihren ersten Sieg. Die Internationale wurde zu einer ernstesten Gefahr.

Da trat in der Partei unter den Führern immer schärfer ein Antagonismus (Gegensatz) heraus, der schließlich auf dem Kongreß in Den Haag (1872) zum offenen Bruch, zu einer Spaltung der Internationale und damit zu ihrer Auflösung führte.

Der Grund des Zwiespaltes war, abgesehen von persönlichen Differenzen der Führer (namentlich Marx und Bakunin), die Frage der Diktatur des Generalrats. Marx und die deutschen Führer vertraten die Diktatur, Bakunin und mit ihm die Führer der Internationale in den romanischen Ländern bekämpften dieselbe. Auf dem Kongreß in Den Haag siegten die Zentralisten über die Föderalisten mit 26 gegen 23 Stimmen. Die Majorität verlegte den Sitz des Generalrates nach New York, die Minorität schied aus, um eine neue Internationale zu gründen. Beide Parteien tagten 1873 in Genf gleichzeitig, aber gesondert und befehdeten sich auf das heftigste.

Alle Versuche, die Einigung wieder herbeizuführen, namentlich auf dem Kongreß in Genf 1877, mißlingen, ebenso der Versuch ... auf einem Kongreß in London 1881, eine neue Internationale der anarchistischen Partei zu begründen. Die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder, gespalten jetzt in Anarchisten und Gemäßigtere, unterhalten noch internationale Verbindungen; aber eine einheitliche Organisation, wie sie in der Internationale bestand, existiert nicht mehr. ...<<

**USA:** US-General William Sherman läßt ab 1864 in den besetzten Südstaaten Georgia und Carolina systematische Vernichtungsaktionen durchführen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die planmäßigen Zerstörungen des Nordstaaten-Generals William Sherman (x068/130-132): >>... General William T. Sherman ... bekriegt nicht bloß die Truppen des Südens, sondern mit derselben Brutalität auch die Bevölkerung. Sein Devise: "Wir kämpfen nicht nur gegen die feindliche Armee, sondern gegen ein feindliches Volk, und wir müssen alle – alt und jung, reich und arm – die harte Hand des Krieges spüren lassen." So praktizierte er nichts als Terror, reine Barbarei. Und hinter seiner Soldateska ziehen Tausende von plündernden und brandschatzenden Schwarzen.

Sherman schlägt am 22. Juli 1864 bei Atlanta/Georgia die Südstaatler unter General Hood. Nach schweren Kämpfen fällt Atlanta selbst am 2. September ... Alle Bewohner Atlantas, auch die Alten, die Schwachen, läßt Sherman vertreiben und die Stadt niederbrennen. Er denkt nicht daran, wie er selbst gesteht, "die menschliche Seite der Sache zu berücksichtigen"; das will er erst im Frieden – und dann "den letzten Zwieback" teilen.

Die zertrümmerte und in Flammen lodernde Stadt hinter sich zieht der General seit dem 16. November mit seiner Armee von über 62.000 Mann – er nennt sie echt yankeehaft "Gottes Werkzeug der Gerechtigkeit" durch Georgia, auf vier großen Straßen bis zum Atlantik, 500 km weit. Auf einer Breite von 100 km wird dabei alles vernichtet, was zu vernichten ist: die Städte, die Ernten, die Fabriken und Lagerhäuser, die Brücken, Plantagen, das Vieh, die

Bahnanlagen, deren glühende Schienen, von Sherman persönlich überwacht, man jeweils rund um den nächsten Baum biegt.

Und seiner Verheerung von Georgia folgt nach der Einnahme von Savannah die Verwüstung von South und North Carolina, Auch hier wird alles, was dem Süden nützen könnte, zerstört. Der Sachschaden beträgt mehr als 100 Millionen Dollar. Tabula rasa oder Amis unter sich – wenn es um Macht geht. Und um Macht geht es immer. Und deshalb wird gewöhnlich so verfahren. Mit den Indianern zum Beispiel, die man gerade seinerzeit im Sand Creek-Massaker metzelt. ...

Die Verfechter der Menschenrechte plünderten ihre eigenen Brüder restlos aus. Vom Indianerkrieg seit langem ans Rauben gewöhnt, schleppten sie alles weg, vom Pferd bis zum letzten Rock, alles nehmen sie mit, "was nicht niet- und nagelfest war – nicht ein Küken haben sie zurückgelassen." Auch die Schwarzen trieben sie fort, sie haben sie "befreit", versteht sich, "und zwei, die sich weigerten", versichert dieselbe Augenzeugin, "getötet".

Ein junges Mädchen aus Georgia schreibt am 24. Dezember 1864: "Etwa drei Meilen von Sparta entfernt betraten wir das 'verbrannte Land', wie es von den Einwohnern treffend genannt wird. Ich glaube fast, ich hätte Lust, einen Yankee eigenhändig zu hängen ..."

Alles ist ruiniert, die Zäune, die Felder, die Heuschuppen, Getreideschober, jeder Ballen Baumwolle, jede Plantage verkohlt, manchmal nur noch einsame Schornsteine, "Shermans Schildwachen". Längs den Straßen: Niedergeschossene Pferde, Schweine, Rinder, alles, was der Feind nicht selbst verbrauchen oder mitnehmen kann.

"Die infamen Schurken. Ich konnte es jetzt verstehen, daß die armen Leute hier diesen 'Hunden' am liebsten an Ort und Stelle den Strick um den Hals gelegt hätten ..." Und eine andere Augenzeugin meint, "selbst die, die Tausende und Zehntausende von Dollars besaßen, waren so arm wie die Ärmsten und ebenso hungrig."

"Ich möchte ja nicht, daß du mit den Kämpfen aufhörst, bevor der letzte dieser Yankees tot ist", schreibt die Frau eines Südstaatlers ihrem Mann an die Front, "aber versuch doch und komm und bring uns etwas zu essen ... aber, mein Liebster, wenn du das Kommen aufschiebst, dann hat dein Kommen überhaupt keinen Zweck mehr, weil wir dann schon alle auf dem alten Friedhof neben deiner und meiner Mutter liegen werden."

Der Krieg ist eben total, das Zerstörungswerk komplett. Zumal man im Süden auch eigenen Besitz ruiniert; etwa die Baumwolle haufenweise verbrennt, damit die "Eroberer" sich nicht daran bereichern können.

Gelegentlich belädt man mit ihr Flöße auf dem Mississippi, kippt Whiskyfässer darüber, zündet's an allen Ecken an und sieht es dann berauscht im Sonnenlicht den Strom hinuntertreiben. "Das zeigt, wozu eine Nation imstande ist, wenn es ernst wird", jauchzt eine patriotische Dame und fügt hinzu: "Nachts würde es großartig ausgesehen haben. Aber dann werden wir das Vergnügen (!) noch einmal erleben; denn am Tag werden sie mit der Arbeit (des Zerstörens) nicht fertig werden, wenn sie sich auch noch so sehr beeilen." Ein - überflüssiger - Beweis mehr, daß die Narren nicht aussterben. "Ein unschätzbare Reichtum ist heute zerstört worden, aber niemand bedauert es."

Und zu ihrem Trost liegen noch Hunderte von Ballen "unberührt" da und können bald ebenso flammend den Patriotismus des Südens beleuchten.<<

Obwohl die Cheyenne im November 1864 am Sand Creek, im Südosten des späteren Bundesstaates Colorado, die US-Flagge und eine weiße Fahne zum Zeichen der Freundschaft hissen, erteilt Oberst John M. Chivington (1821-1894) den Angriffsbefehl. Bei diesem sinnlosen Massaker sterben Hunderte, ein Großteil davon sind Frauen und Kinder. Die Leichen werden skalpiert und verstümmelt. In Denver präsentieren nicht wenige US-Soldaten später triumphierend die blutigen Skalps der ermordeten Cheyenne, die sie am Sattelzeug oder am Hut befestigt haben (x181/3.63).

Ein US-Leutnant, der sich damals nicht beteiligen will, wird von Oberst John M. Chivington gezwungen, an diesem Gemetzel teilzunehmen (x122/387): >>Der Teufel soll alle holen, die mit den Indianern sympathisieren! Ich bin hier, um die Indianer zu töten, und ich glaube, es ist richtig und ehrenhaft, sich aller Methoden, die es unter Gottes Himmel gibt, zu bedienen, um Indianer zu töten. ...<<

Ein Augenzeuge berichtet später über diese grausame "Expedition" gegen den Stamm der Cheyenne (x122/388): >>... Als ich am nächsten Tag über das Schlachtfeld ging, sah ich keine Leiche eines Mannes, einer Frau oder eines Kindes, die nicht skalpiert war, und in vielen Fällen waren die Leichen auf gräßlichste Weise verstümmelt ...<<

**Mexiko:** Kaiser Napoleon III. gründet im Jahre 1864 in Mexiko ein französisches Kaiserreich und setzt Erzherzog Maximilian von Habsburg (1832-1867) als Kaiser (1864-67) ein.

Die Nordamerikaner vereiteln jedoch Napoleons Plan und setzen schließlich bis 1867 den französischen Abzug durch (Verstoß gegen die sog. "Monroe-Doktrin").

## 1865

**Deutscher Bund:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1865-1869 (x804/897-901): >>(Deutschland) ... Österreich wies die in einer preußischen Note vom 22. Februar 1865 zusammengefaßten Bedingungen zurück, unter welchen Preußen allein die Errichtung eines selbständigen holsteinischen Staates gestatten wollte. Nicht ohne Zutun Österreichs beschloß der Bundestag am 6. April 1865 mit neun gegen sechs Stimmen, daß dem Herzog von Augustenburg die Verwaltung des Landes übertragen werden solle. ...

Die beiden Zivilkommissare, der preußische, von Zedlitz, und der österreichische, von Halbhuber, gerieten bald in Differenzen, da dieser die augustenburgischen Agitationen und Demonstrationen begünstigte oder wenigstens duldete, der preußische darin eine Präjudizierung der preußischen Rechte erblickte.

Gleichzeitig ging Preußen entschlossen vor, um seine Interessen in Schleswig-Holstein energisch zu wahren. Eine Kabinettsorder verfügte am 24. März 1865 die Verlegung der preußischen Ostsee-Flottenstation von Danzig nach Kiel, und Bismarck erklärte bei der Begründung einer Kreditforderung von 6 Millionen Taler für die Befestigung des Kieler Hafens im Abgeordnetenhaus, das sie natürlich ablehnte (5. April), daß Preußen im Besitz des Kieler Hafens sei und in demselben zu bleiben gedenke.

Die Spannung zwischen Preußen und Österreich wurde immer schärfer. Während ... (Preußen) in Holstein einige augustenburgische Agitatoren unter nachdrücklichem Protest des österreichischen Zivilkommissars unschädlich machte, stellten am 27. Juli Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt im Bund den Antrag, daß eine frei gewählte Vertretung der Herzogtümer berufen und gehört, zugleich Einleitung zur Einverleibung Schleswigs in den Bund getroffen werden solle. Stimmte Österreich diesem Antrag zu, so war der Krieg erklärt.

Indes es fühlte sich noch nicht genügend vorbereitet, und so verständigten sich beide Monarchen, Franz Joseph und Wilhelm I., noch einmal in der von Bismarck mit Graf Blome abgeschlossenen Konvention von Gastein (14. August 1865) dahin, daß, vorbehaltlich der gemeinsamen Rechte, Preußen die Regierung Schleswigs, Österreich die Holsteins übernehmen, ersteres den Kieler Hafen, das Mitbesatzungsrecht in Rendsburg, Militäretappen, Post und Telegraphenrouten in Holstein erhalten und Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen dänische Reichstaler an den König von Preußen fallen sollte.

Diese Konvention, welche den Bundestag ganz außer acht ließ, rief wieder zahlreiche Proteste der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, einzelner deutscher Landtage und des deutschen Abgeordnetentages, der sich am 1. Oktober in Frankfurt versammelte, gegen die Vergewaltigung des Volksrechtes hervor.

Das Verhältnis der beiden Mächte in den Herzogtümern besserte sich keineswegs. Der preußi-

sche Gouverneur von Manteuffel in Schleswig führte ein strenges Regiment und schritt rücksichtslos gegen den Augustenburger und seine Anhänger ein, der österreichische, von Gablenz, in Holstein machte sich durch Nachgiebigkeit gegen die Volksstimmung populär.

Die Beschwerden Bismarcks über die Begünstigung des Herzogs Friedrich durch Österreich, welches damit den Voraussetzungen des Wiener Friedens und des Gasteiner Vertrages zuwiderhandelt, wurden vom Wiener Kabinett in gereiztem Ton zurückgewiesen. Anfang 1866 wurde die Kriegsfrage sowohl in Berlin als in Wien ernstlich in Erwägung gezogen, und im Februar begannen die militärischen Vorbereitungen und Beratungen.

Bismarck hatte sich auf einer Zusammenkunft mit Napoleon III. in Biarritz (Oktober 1865) vergewissert, daß Frankreich vorläufig eine zuwartende Haltung beachten werde, und diese sich noch dadurch gesichert, daß er am 8. April 1866 mit Italien ... ein Bündnis schloß, welches demselben den Besitz Venetiens versprach.

Österreich wandte sich dagegen den Mittel- und Kleinstaaten zu und nahm seinen natürlichen Platz an der Spitze der deutschen Territorien gegenüber den Unionsbestrebungen ein ...

In Deutschland gänzlich isoliert, in seinem Inneren durch den Verfassungskonflikt und die scheinbare entschiedene Abneigung des Volkes gegen einen Krieg gelähmt, schien Preußen nachgeben oder unterliegen zu müssen.

Am 16. März 1866 richtete Graf Mensdorff eine vertrauliche Note an die befreundeten deutschen Höfe, in welcher er die Absicht kundgab, die schleswig-holsteinische Sache dem Bund anheimzugeben und eine bestimmte Anfrage an Preußen über seine Politik zu richten, und sein Vertrauen aussprach, daß, im Fall die preußische Antwort nicht befriedigend ausfalle, die deutschen Staaten Österreichs Maßregeln unterstützen würden.

Bismarck erwiderte diesen Schritt mit einer Anfrage an die deutschen Regierungen (24. März), ob und in welchem Maß Preußen im Fall eines österreichischen Angriffes auf ihre Unterstützung rechnen dürfe, und mit der Ankündigung eines zeitgemäßen Bundesreformvorschlages. Die Antworten der Regierungen lauteten ablehnend oder ausweichend.

Dennoch erfolgte der angekündigte Reformantrag im Bundestag am 9. April und zwar dahin, "hohe Bundesversammlung wolle beschließen, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung auf einen noch zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, bis zum Zusammentritt derselben aber durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen festzustellen".

Hatte Bismarck von diesem Schritt einen Umschwung der öffentlichen Meinung erwartet, so täuschte er sich allerdings. Die Stimmung des Volkes in den meisten Ländern Deutschlands war zwar einem "Bruderkrieg", wie man den bevorstehenden Entscheidungskampf zwischen Preußen und Österreich um die Herrschaft in Deutschland nannte, abgeneigt, aber darum nicht weniger antipreußisch, und die meisten sahen in Bismarcks Antrag nur eine neue List, um Deutschland dem preußischen Militärdespotismus zu unterwerfen.

Die Unterhandlungen zwischen den beiden Mächten über eine gleichzeitige Abrüstung hatten keinen Erfolg, da Österreich dieselbe in Italien verweigerte und die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zwar unter möglichster Berücksichtigung der preußischen Ansprüche, aber nur innerhalb des bestehenden Bundesrechts anbot. So schritten denn beide Teile Anfang Mai zu allgemeiner Mobilmachung ihrer Streitkräfte, und auch in den Mittelstaaten wurde eifrig gerüstet.

Der Beschluß der mittelstaatlichen Konferenz zu Bamberg (14. Mai), auf gegenseitige Abrüstung hinzuwirken, blieb erfolglos, da einige dieser Staaten, wie Sachsen und Hannover, mit den Rüstungen selbst angefangen hatten.

Auch ein Vermittlungsversuch Frankreichs, Englands und Rußlands, die am 28. Mai zu einer Konferenz der Mächte nach Paris einluden, scheiterte an der Forderung Österreichs (1. Juni),

daß es sich auf derselben um keine Territorialveränderung, vor allem nicht um die Abtretung Venetiens, handeln dürfe.

An demselben Tag tat Österreich in Frankfurt den letzten entscheidenden Schritt, welcher den Krieg unvermeidlich machte: es gab die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bund anheim, sicherte im voraus dem Spruch desselben seine bereitwilligste Anerkennung zu und teilte mit, daß der österreichische Statthalter beauftragt sei, die dortigen Stände zu berufen.

Bismarck erklärte am 4. Juni diesen Schritt Österreichs für einen offenen Bruch der Gasteiner Konvention und eine Herausforderung Preußens, und als Gablenz die holsteinischen Stände wirklich am 5. Juni nach Itzehoe berief, rückte Manteuffel am 7. Juni mit seiner Division in Holstein ein und besetzte es, während die österreichische Brigade, ... der Übermacht weichend, gefolgt vom Herzog von Augustenburg, das Land verließ.

Am 27. Mai hatte Bismarck den deutschen Regierungen noch einmal in offener, männlicher Sprache seine Bundesreformvorschläge entwickelt und empfohlen und hervorgehoben, daß Preußen den anderen Staaten keine größeren Opfer zumute, als es selbst zu bringen bereit sei.

Am 9. Juni erklärte Preußen in der Bundesversammlung, daß es die schleswig-holsteinische Frage als eine nationale ansehe und sie als eine solche, d.h. in Verbindung mit der Bundesreform, zu lösen bereit sei; es erwarte nur den Augenblick, wo es diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung ihm die Bürgschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer dem gesamten Vaterland und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu gute kämen.

Österreich dagegen klagte am 11. Juni im Bund wegen gewalttätiger Selbsthilfe Preußens in Holstein und stellte den Antrag auf Mobilmachung der gesamten Bundesarmee mit Ausnahme ihrer preußischen Bestandteile, d.h. auf Kriegserklärung gegen Preußen.

Da Österreich selbst und seine Verbündeten den Augenblick zum Losschlagen für gekommen erachteten, so wurde trotz des Protestes Preußens schon am 14. Juni über diesen Antrag abgestimmt und derselbe mit neun gegen sechs Stimmen (außer Preußen Oldenburg, Mecklenburg, die thüringischen Staaten, die Freien Städte außer Frankfurt und Luxemburg) zum Beschluß erhoben.

Als die Abstimmung beendet und das Resultat verkündet war, erklärte der preußische Gesandte von Savigny, daß seine Regierung den bisherigen Bundesvertrag damit für gebrochen und erloschen ansehe, daß sie aber an der über den vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation festhalte, und daß sie einen neuen Bund mit den deutschen Regierungen zu schließen bereit sei auf Grund einer neuen Verfassung, deren Grundzüge Savigny auf den Tisch des gewesenen Bundestages niederlegte, und deren erster Artikel lautete: "Das Bundesgebiet besteht aus den seitherigen Staaten mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landesteile".

So bewährte sich Preußen als der eigentlich deutsche Staat, indem es die Gründung eines lebensfähigeren, kräftigeren Bundesstaates als Ziel des Kampfes hinstellte, während seine Gegner ohne politische Ideen nur den alten Zustand erhalten und durch Zerstückelung Preußens ihren Neid und ihre Selbstsucht befriedigen wollten.

Der Krieg nahm einen Verlauf, wie ihn niemand vermutet hatte. Während die Bundestruppen sich erst sammelten, okkupierte Preußen Sachsen und Kurhessen ohne Schwertstreich, Hannover nach dem blutigen Gefecht von Langensalza (27. Juni). Ganz Norddeutschland war in Preußens Gewalt, die meisten kleinen Staaten riefen ihre Gesandten vom Rumpfbundestag ab und schlossen sich ihm an.

Der siebentägige Feldzug in Böhmen und die Schlacht von Königgrätz brachten den Sieg über Österreich zu glänzender Entscheidung; der Mainfeldzug zersprengte die beiden Bundesarmeen, welche unter dem Symbol der schwarz-rot-goldenen Trikolore in den Kampf gezo-

gen waren; der Bundestag mußte nach Augsburg flüchten, wo er sich am 24. August auflöste. Die Intervention Napoleons III. rettete Sachsen und nötigte Preußen, sich auf einen norddeutschen Bund zu beschränken; doch gestatteten die Nikolsburger Friedenspräliminarien (26. Juli) und der Prager Friede (23. August), daß der Verein der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund eine nationale Vereinigung eingehe.

Österreichs deutsches Gebiet blieb unverletzt, die Kriegskosten (20 Millionen Taler) waren nicht erheblich. Dagegen schied es nun aus Deutschland aus; es gab hier für immer seine dominierende Stellung auf, und der Dualismus der deutschen Großmächte endete mit dem völligen Sieg Preußens, das durch die Einverleibung Schleswig-Holsteins (für dessen nördlichen Teil Art. 5 eine Volksabstimmung zu Gunsten Dänemarks vorbehielt), Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts sein deutsches Gebiet bedeutend vergrößerte.

Von Österreich im Stich gelassen, wendeten sich die süddeutschen Staaten, mit Ausnahme von Baden, an Frankreich um Hilfe, das gleichzeitig in drohender Form eine Kompensation am Rhein auf preußische, bayerische und hessische Kosten verlangte.

Bismarck wies dieses Verlangen auf die Gefahr eines neuen Krieges hin zurück. Zugleich aber entschloß er sich, durch milde Friedensbedingungen die süddeutschen Staaten für eine engere Verbindung mit Preußen zu gewinnen und so die Versöhnung und die Einigung ganz Deutschlands ohne Österreich anzubahnen.

Württemberg und Baden erlitten also keine, Bayern nur unerhebliche Gebietsverluste und mußten bloß Kriegskontributionen zahlen, schlossen aber im August mit Preußen geheime Schutz- und Trutzbündnisse, in welchen sie sich ihr Gebiet gegenseitig garantierten und zur Verteidigung desselben im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zur Verfügung zu stellen und den Oberbefehl über dieselbe dem König von Preußen zu übertragen sich verpflichteten. Damit war die nationale Verbindung, die der Prager Friede vorsah, hergestellt, auch wenn kein Südbund zustande kam.

Daß der deutsche Entscheidungskampf so rasch und mit einem so durchschlagenden Erfolg beendet wurde, war ein unschätzbare Glück für Deutschland und ein großes Verdienst der preußischen Staats- und Heeresleitung. Hierdurch wurde eine tiefer eindringende Verbitterung zwischen den kämpfenden Parteien vermieden, Frankreichs Einmischung abgewehrt, jeder Versuch, die neue Gestaltung Deutschlands unter Preußens Hegemonie rückgängig zu machen, zur Erfolglosigkeit verurteilt und die Eingewöhnung der Gemüter in die neuen Verhältnisse erleichtert.

Ein Sieg Österreichs und der Mittelstaaten würde die Frage der deutschen Einheit nicht gelöst, nur noch mehr verwirrt und Deutschland wieder zum Spielball europäischer Ränke gemacht haben, wie es nach dem Dreißigjährigen Krieg der Fall war.

Die Siege Preußens zeigten, daß es an sittlicher und intellektueller Kraft dem österreichischen Völkerkonglomerat weit überlegen war, daß aber auch die Mittelstaaten nicht wirkliche Staatspotenzen waren, die auf eigenen Füßen standen, daß namentlich sowohl die Bundeskriegsverfassung als die einzelnen Kontingente, auch die größeren, praktisch unbrauchbar und die beträchtlichen seit Jahrzehnten dafür gebrachten Geldopfer vergebliche waren.

Daß Deutschland nur durch eine nach preußischem Muster durchgeführte Wehrverfassung unter preußischer Führung seine Sicherheit und Integrität mit Erfolg verteidigen könne, davon hatten die Kämpfe am Main auch die heftigsten Gegner Preußens überzeugt. ...

Nachdem ... die Einverleibung der annektierten Gebiete, durch welche der preußische Staat auf 350.000 qkm mit 24 Millionen Einwohnern vermehrt wurde, gesetzlich geordnet war, schritt die preußische Regierung dazu, den Norddeutschen Bund zu organisieren.

Die Großherzogtümer Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Sachsen-Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, die Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß

jüngere Linie, Waldeck, Lippe und Schaumburg-Lippe, die Freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen hatten schon während des Krieges mit Preußen ein enges Bündnis geschlossen und sich am 18. August für die am 14. Juni von Preußen vorgelegte neue Bundesverfassung erklärt.

Hessen hatte sich in seinem Friedensschluß am 3. September verpflichtet, mit der vom preußischen Gebiet umschlossenen Provinz Oberhessen dem neuen Bund beizutreten. Nun wurden auch Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie dazu genötigt. Endlich kam ... der Friede mit Sachsen am 21. Oktober 1866 zustande; Sachsen zahlte 10 Millionen Taler Kriegskosten und trat ebenfalls dem Bund bei, dessen Grundzüge es ausdrücklich annahm.

Die Bevollmächtigten dieser Staaten wurden zum 15. Dezember 1866 nach Berlin geladen und ihnen hier der Entwurf einer Verfassung für den Norddeutschen Bund vorgelegt. Die Beratungen dauerten bis zum 9. Februar 1867 und führten zu allseitiger Verständigung, da die preußische Regierung die besonderen Wünsche und Vorschläge ihrer Verbündeten bereitwilligst berücksichtigte, diese dagegen in den Hauptpunkten keine Schwierigkeiten machten.

Am 12. Februar fanden die allgemeinen Wahlen für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes statt, und am 24. Februar wurde derselbe in Berlin vom König von Preußen eröffnet, dem die verbündeten Staaten für diesen Fall im voraus die verfassungsmäßigen Präsidialrechte übertragen hatten.

In der Thronrede hieß es: "Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht.

Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volk die Größe seiner Vergangenheit wiederzuerringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziel geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Wert der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Tatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Notwendigkeit, die Einigkeit des deutschen Volkes an der Hand der Tatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern."

Hieran knüpfte sich die Mahnung an die Vertreter des Volkes, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen und den vollendeteren Ausbau desselben getrost dem ferneren vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme zu überlassen.

Am 4. März legte Bismarck dem Reichstag den Verfassungsentwurf vor und empfahl seine Annahme am 11. März in längerer Rede. ... Die Nationalliberalen bemühten sich überall, nur das Wesentliche ins Auge zu fassen und die preußische Regierung in ihrem Werk zu unterstützen; schärfere Opposition machte bloß die Fortschrittspartei, ohne jedoch bei ihrer Minderzahl etwas zu erreichen.

Während der Reichstag die Kompetenz des Bundes in mehreren Punkten erweiterte und seine eigenen Rechte genauer präziserte, behaupteten die Regierungen ihren Standpunkt in Bezug auf die Militärfrage, in welcher sie die Normierung der Präsenzstärke mit 1 Prozent der Bevölkerung und die entsprechenden Kosten bis zum 31. Dezember 1871 erlangten, und die Diätenfrage, wonach die Reichstagsabgeordneten keine Entschädigung erhalten sollten. Am 16. April wurde die Verfassung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen und am 17. April der Reichstag geschlossen.

Die Bundesverfassung, welche am 7. Juli 1867 in Kraft trat, beruhte auf dem Grundgedanken der Union von 1849: das Präsidium des Bundes wurde der Krone Preußen erblich übertragen und besaß das Recht, Krieg zu erklären, Frieden, Bündnisse und Verträge zu schließen, den Bund nach außen zu vertreten, das Haupt der Exekutive, den Bundeskanzler, zu ernennen und Bundesrat und Reichstag zu berufen. Der erstere war aus den Bevollmächtigten der verbünde-

ten Staaten zusammengesetzt und zählte 43 Stimmen (davon Preußen 17); er hatte das Recht der Vorberatung und Genehmigung aller Gesetze.

Der Reichstag ging aus allgemeinen, direkten Wahlen hervor (ein Abgeordneter auf 100.000 Seelen) und hatte die Rechte und Stellung der Volksvertretung eines konstitutionellen Staates. Die Bundesgesetzgebung erstreckte sich auf das ganze Verkehrs-, Handels-, Münz- und Zollwesen sowie wichtige Rechtsgebiete, ließ dagegen die innere Verwaltung der Einzelstaaten möglichst unberührt; doch gingen die Bundesgesetze stets den Landesgesetzen vor. ... Kriegsmarine und Heeresverfassung waren einheitlich, der König von Preußen Bundesfeldherr.

Trotz mancher Mängel und Unebenheiten war die neue Verfassung lebens- und verbesserungsfähig. Die Kraft der Nation war in einer Hand vereinigt und die Zersplitterung durch das Übergewicht Preußens verhindert, ohne daß den Einzelstaaten die Geltendmachung ihres Einflusses und ihrer Interessen verkümmert war.

Schon während der Beratungen des konstituierenden Reichstages wurde der neue Bund von einer äußeren Gefahr bedroht. Durch den Bundesreformentwurf war die Verbindung Deutschlands mit dem Großherzogtum Luxemburg gelöst worden, doch hatte Preußen seine Garnison in der dortigen Festung gelassen.

Napoleon III. hatte sich nun dieses Fürstentum zu der Kompensation ausersehen, mit welcher er den Neid (oder wie es hieß, "die berechnete Empfindlichkeit") der Franzosen über Preußens Machtentwicklung beschwichtigen wollte. Er schloß daher mit dem König Wilhelm III. der Niederlande über Luxemburg einen Kaufvertrag ab. Er rechnete auf Preußens Nachgiebigkeit, ja er bot für die Zustimmung zu weiteren Annexionen auf Belgiens Kosten auch die Anerkennung der Hegemonie über Süddeutschland an.

Die preußische Regierung verweigerte jedoch ihre Zustimmung und beantwortete die französischen Kriegsdrohungen mit der Publikation der geheimen Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten (19. März). Auch im Reichstag kam die Sache aus Anlaß einer Interpellation Bennigssens 1. April 1867 zur Sprache.

Indes beide Teile zogen es vor, aus der Frage keinen Kriegsfall zu machen, Napoleon nicht, weil sein Heer noch ebensowenig gerüstet war wie im August 1866, Bismarck, weil er die Zustände in Deutschland sich erst befestigen lassen wollte. So kam denn unter Vermittlung der Mächte auf der Londoner Konferenz (7. bis 11. Mai) ein friedliches Abkommen zustande: die Festung Luxemburg wurde von den Preußen geräumt, aber geschleift, das Land unter Garantie der Mächte für neutral erklärt; es blieb jedoch im Zollverein.

Die luxemburgische Frage und die Veröffentlichung der Allianzverträge stellten die Frage des Verhältnisses zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten in den Vordergrund. Daß ein Südbund unmöglich sei, war von Anfang an klar. Überdies knüpfte auch die Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins ein Band zwischen Nord und Süd: der Vertrag wurde am 8. Juli 1867 abgeschlossen ...

In Hessen und Baden wurden der Allianz- und der Zollvertrag nahezu einstimmig vom Landtag angenommen. In Bayern sträubte sich der Reichsrat lange gegen den Zollvertrag. Am hartnäckigsten war die Opposition gegen beide Verträge in der württembergischen Zweiten Kammer, obwohl sie schließlich auch hier angenommen wurden.

Immerhin fühlten sich sowohl der württembergische Minister von Varnbüler als der bayerische Fürst Hohenlohe durch die Stimmung der Bevölkerung veranlaßt, von einem Eintritt in den Norddeutschen Bund abzusehen, und auch Bismarck vermied es, dazu zu drängen; ja, er lehnte sogar den Einzeleintritt Badens ausdrücklich ab.

Es genügte vorläufig, daß die süddeutschen Staaten ihre Heereseinrichtungen nach preußischem Muster umgestalteten, und daß jede fremde Einmischung in die deutschen Angelegenheiten abgewehrt wurde. In allem bewährte der Bundeskanzler eine umsichtige, gemäßigte,

echt praktische Staatsweisheit.

Die Thronrede, mit der am 10. September 1867 der erste (und einzige) ordentliche Reichstag des Norddeutschen Bundes, zu dem die Wahlen am 31. August stattgefunden hatten, eröffnet wurde, war in durchaus geschäftlichem Ton gehalten und kündigte der Versammlung eine ganze Reihe wichtiger Arbeiten an, welche im Lauf des Winters durch gemeinschaftliche Tätigkeit ... glücklich erledigt wurden: Bundeshaushalt, Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, Postgesetz, Freizügigkeitsgesetz, Errichtung von Bundeskonsulaten, Bundeschuldengesetz und andere wichtige Organisationen für den Ausbau des neuen Staatswesens. Das einheitliche Streben der Nation hatte jetzt sein gesetzliches Organ, der Nationalverein löste sich daher am 11. November auf. ...

Nachdem die zweite Session des norddeutschen Reichstages ihre Arbeiten schon 23. März 1868 begonnen hatte, wurde das Zollparlament am 27. April vom König von Preußen selbst mit einer Thronrede eröffnet, welche die Macht des nationalen Gedankens und die geeinigte Kraft des deutschen Volkes besonders betonte und die Beratung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands durch die Vertreter der ganzen Nation als eine naturgemäße Entwicklung bezeichnete.

Aber die Erwartungen, welche über das ... Ziel der Zollberatung hinausgingen, wurden durch die Haltung der antinationalen süddeutschen Fraktion (57 Mitglieder) enttäuscht, welche die Ablehnung ... der Kompetenzerweiterung bewirkte und auf die von Frankreich drohende Gefahr hinwies, wenn die Unionstendenzen weiter verfolgt würden. Nur die Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg und einige Handelsverträge waren das Resultat der Session, auf dessen Dürftigkeit der ... Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion höhnisch hinwies. Resigniert ermahnte daher die Schlußrede (23. Mai), "in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte".

Fruchtbarer waren die Verhandlungen des norddeutschen Reichstages, welcher bis 20. Juni tagte und neben dem Etat eine neue Maß- und Gewichtsordnung, ein Notgewerbegesetz, Aufhebung der Spielbanken, der Schulhaft, der polizeilichen Ehebeschränkungen u.a. und die Vorbereitung eines gemeinsamen Strafgesetzbuches beschloß.

Ähnlich verliefen die Dinge 1869: der Reichstag, der vom 4. März bis 22. Juni tagte, brachte eine neue Gewerbeordnung, eine Wechselordnung, die Errichtung eines gemeinsamen Bundesoberhandelsgerichts in Leipzig, ein Gesetz über die Gleichberechtigung aller Konfessionen zustande und die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht in Anregung; das Zollparlament (3. bis 22. Juni) dagegen war ohne weitere politische Bedeutung ...<<

**Preußen: Der englische Botschafter in Berlin berichtet im Herbst 1865 (x237/174):** >>(Bismarck) hat ... eine feindliche Nation vor sich und hinter sich eine Sache, die, bis zu einem gewissen Grade in ihrem Ziele volkstümlich, doch in der Form und der Methode dem öffentlichen Gefühl widerstrebt.

Es wird allgemein gesagt, daß Herr von Bismarck die natürliche Gradheit des Königs verdorben hat; man muß zugestehen, daß der preußische Minister seinen von Natur gerechten und ehrenhaften Herrscher zu einer skrupellosen, unbeständigen und überspannten Politik verleitet hat, die aber vielleicht zu Preußens Größe führt. ...<<

**Die Zeitung "Der Social-Demokrat" berichtet am 29. Januar 1865 über die sozialen Fürsorge-maßnahmen von Unternehmern (x239/97):** >>Humanität einzelner Fabrikanten gegen ihre Arbeiter ist ohne Zweifel eine höchst nennenswerte Sache, aber mit der sozialen Frage haben diese Dinge nichts zu tun.

Hierfür ist es ganz gleichgültig, ob es edle Fabrikanten gibt oder nicht, denn es handelt sich nicht darum, im kleinen, sondern im großen andere Zustände herzustellen und nicht darum, die Gnade oder den guten Willen einzelner Fabrikanten in Anspruch zu nehmen, sondern die

Rechte – man verstehe wohl! – die Rechte der Arbeiter zu erkämpfen. ...<<

**Sachsen:** Im Verlauf der ersten deutschen Frauenkonferenz vom 15. bis zum 16. Oktober 1865 wird in Leipzig der "Allgemeine Deutsche Frauenverein" gegründet, um die sozialen und politischen Forderungen der Frauen durchzusetzen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über die Emanzipation der Frauen in den Jahren 1865-1882 (x806/622-625): >>(Frauenfrage) ... In Europa ist England dasjenige Land, in welchem nicht nur die Emanzipationsbestrebungen am weitesten gediehen sind, sondern wo auch zuerst eine praktische Lösung der Frauenemanzipation in Angriff genommen wurde.

Auf Anregung des dortigen sozialwissenschaftlichen Kongresses wurde der erste Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts gegründet, dem bald weitere folgten. Von diesen Vereinen sind Handels- und Gewerbeschulen, Arbeitsnachweisungsbüros und andere Einrichtungen zur Verbesserung des Frauenloos geschafften worden. Ein Teil der Bestrebungen richtet sich besonders auf die Beseitigung der ungünstigen Lage, in welcher die Frauen Englands im Widerspruch zu ihrem sonstigen gesellschaftlichen Ansehen hinsichtlich des bürgerlichen Rechtsverkehrs sich befinden.

Eine wesentliche Verbesserung derselben ist durch das Ehefrauen-Eigentumsgesetz von 1882 geschaffen worden. Nicht ohne Erfolg ist man bemüht gewesen, den Frauen einzelne Staats- und Ehrenämter zugänglich zu machen. Im Vordergrund indessen stehen die Bestrebungen für das aktive Wahlrecht. Für die Munizipalwahlen (Verwaltungswahlen) ist den selbständigen steuerzahlenden Frauen dasselbe bereits 1869 erteilt worden, nicht aber den Ehefrauen, die man durch ihre Männer genügend vertreten erachtet. Das Verlangen nach Erteilung des Stimmrechts für die Parlamentswahlen blieb bisher ohne Erfolg, doch haben die hierauf gerichteten, jährlich sich wiederholenden Anträge seit längerem bedeutende Minoritäten bei den Abstimmungen erzielt.

In Deutschland hat es an einer politischen Frauenbewegung bisher gänzlich gefehlt, man verfolgt hier nur unmittelbar praktische Ziele. Seit den 60er Jahren ist in Versammlungen und Vereinen eine rege Tätigkeit, vor allem von den Frauen selbst, entfaltet worden, und wie in England gibt auch hier eine Reihe neugeschaffener Institute für Bildung und Erwerb sowie die angebahnte Reform der Mädchenerziehung in den Schulen Zeugnis von der Wirksamkeit der Bemühungen.

Besonders zeichnete sich Schweden durch das aus, was der Staat auf dem Gebiet der Frauenemanzipation geleistet hat, während die anderen Regierungen bisher eine völlige Zurückhaltung bewiesen haben. Die romanischen, noch mehr die slawischen Völker stehen den germanischen erheblich nach. Selbst Frankreich, wo doch die ganze Bewegung ihren Ausgangspunkt fand, hat für die Lösung der Frage wenig geleistet.

In mancher Beziehung anders als in Europa liegen die Verhältnisse in Nordamerika, wo seit der Mitte dieses Jahrhunderts die Frage ebenfalls im Fluß ist. Hier war die Lage der Frau von jeher eine begünstigte.

Der Umstand, daß die weibliche Bevölkerung früher allgemein in der Minderzahl gegenüber der männlichen war, führte zu einer hochentwickelten Frauenverehrung. In Verbindung mit den dort herrschenden rationalistisch-demokratischen Anschauungen und Lebensformen und im Zusammenhang mit dem allgemein verbreiteten Wohlstand des Landes sicherte dieselbe den ledigen wie den verehelichten Frauen von vornherein eine freiere und selbständigere Stellung als bei den Völkern alter Kultur, befreite sie von der Last der niedrigen Tagesarbeit oder erleichterte ihnen im anderen Fall den selbständigen Erwerb.

Bilden doch dort unter den öffentlichen Lehrern die Frauen als Lehrerinnen mit mehr als zwei Drittel die Mehrheit. Auch zu anderen öffentlichen Ämtern sind sie berechtigt. In den Bundesverwaltungs-Departements zu Washington sind mindestens 1.300 Frauen als Beamte mit

Gehältern von 900-1.800 Dollar angestellt. Infolgedessen hat sich die Frauenbewegung hier mehr als irgendwo darauf gerichtet, den Frauen im öffentlichen Leben vermehrte Rechte zu erwerben.

In einigen Staaten der Union wurde ihnen das Stimmrecht eingeräumt, während von seiten der Bundesregierung ihnen dasselbe noch versagt blieb. Ein Hauptargument, mit dem die amerikanischen Frauen ihren Anspruch auf Wahlrecht begründen, und das auch von der im Jahre 1870 in Washington erschienenen weiblichen Deputation verwertet wurde, bildet das Stimmrecht der Neger. Sie empfinden es als eine Zurücksetzung, daß man ihnen versagt, was man einer tiefer stehenden Rasse eingeräumt hat.

Hervorgegangen aus dem Geiste der modernen Zeit, welche jedem Einzelnen das gleiche Recht zusprach und ihn mit dem Verlangen erfüllte, seine Individualität frei und ungehindert zu entfalten, schöpft die Frauenbewegung ihre nachhaltige Kraft aus ihrem zugleich wirtschaftlichen Charakter.

Im Lauf der Zeit hatte die Stellung der Frauen in der Volkswirtschaft wesentliche Änderungen erfahren. Während des ganzen Mittelalters und noch in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit lag beim Vorherrschen der Naturalwirtschaft der Schwerpunkt der Produktion im Familienhaushalt. Nicht nur die Rohprodukte des Ackerbaues wurden von der Familie selbst gewonnen, sondern auch die später von ihr losgelösten gewerblichen Tätigkeiten, z.B. das Bauen, Schlachten, Spinnen, Weben etc., in der Hauptsache dort verrichtet.

Dabei bildete das städtische Leben keinen so vollständigen Gegensatz zum ländlichen wie heute. Denn auch die Wirtschaften selbst größerer Städte beruhten meist auf dem Betrieb des Landbaues. Hierdurch war nicht nur reiche Gelegenheit, sondern auch die dringende Notwendigkeit gegeben, weibliche Arbeitskräfte in umfassenderem Maß innerhalb der Hauswirtschaft zu verwenden. Den ledig Gebliebenen, namentlich der besseren Stände, bot sich außerdem vielfach Unterkunft in den zahlreichen Klöstern, auch war durch Legate, Stiftungen und dergleichen in reichem Maß für sie gesorgt.

Mit der zunehmenden Entwicklung der Arbeitsteilung und der Entstehung der modernen, auf der Anwendung von Maschinen und Dampfkraft beruhenden Industrie wurde die ursprüngliche Wirtschaftsverfassung nach und nach gelockert und die Produktion, indem sie für den Absatz arbeitete, mehr und mehr aus den Fesseln der Hauswirtschaft gelöst. In dem Maß aber, wie sie sich der ursprünglich hauswirtschaftlichen Arbeitszweige bemächtigte, ging den Frauen die einst in der Familie gebotene Arbeitsgelegenheit verloren. Teilweise fand sich Ersatz für das Verlorene.

Waren die Frauen unter der Herrschaft der Zünfte von der gewerblichen Arbeit ausgeschlossen gewesen, so erzeugte die moderne Großindustrie die Möglichkeit einer umfangreichen Verwendung ungelernter und schwächerer und damit billigerer Kräfte. Letztere boten sich außer in den Kindern in den Frauen, deren Erwerbsarbeit, weil ursprünglich nur als Nebenbeschäftigung verrichtet, bei verhältnismäßig starkem Angebot daher niedriger gewertet wurde und ihren niedrigen Preis traditionell auch ferner behielt.

Die weiblichen Arbeiter aber, welche nunmehr in die Fabriken eilten oder sich daheim ... (von den) Unternehmern beschäftigen ließen, gehörten ausschließlich den unteren Schichten des Volkes an. Ihnen gegenüber erwuchs dem Staate die Aufgabe, eine verderbliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, welche oft genug Gesundheit und Sittlichkeit aufs schlimmste gefährdete, zu verhindern, indem er die von ihnen zu leistende Arbeit nach Maß und Art begrenzte. Diese Aufgabe suchten die industriellen Staaten in der Fabrikgesetzgebung zu lösen, doch ist ihnen dies bisher nur in sehr unvollkommener Weise gelungen. ...

Anders als bei der eigentlichen Arbeiterbevölkerung gestalteten sich die Verhältnisse in derjenigen Gesellschaftsschicht, welche mit dem Beamtentum und den stehenden Heeren erstand. Einerseits bewirkte hier die wachsende Schwierigkeit, die zur Gründung und Erhaltung einer

Familie erforderlichen Mittel zu gewinnen, eine abnehmende Heiratsfrequenz, deren nachteilige Wirkungen die Töchter vermögensloser Familien um so mehr empfanden, als sie kraft der herrschenden Standesanschauungen sich für die Ehe auf gewisse engere Kreise beschränkt sahen. In den protestantischen Staaten verschlimmerte sich die Lage des weiblichen Geschlechts weiter durch die Aufhebung der Klöster.

Andererseits verboten hier die herrschenden Vorurteile den ledigen Frauen, sich durch Teilnahme am öffentlichen Erwerbsleben selbständigen Unterhalt zu schaffen. In diesen Kreisen sah man den einzigen und natürlichen Beruf der Frau darin, Mutter und Gattin zu sein, so daß die ehelose Existenz als beklagenswert, weil ohne Lebenszweck, erscheinen mußte.

Hierdurch wurde nicht nur die sittliche Auffassung der Ehe beeinträchtigt, indem sie oft nur als Versorgungsmittel betrachtet wurde, sondern es litt auch darunter die weibliche Erziehung, die neben der männlichen stark vernachlässigt blieb. So erwuchs in den ledigen Frauen dieser Stände eine ansehnliche Bevölkerungsmasse, die durch Anschauungen und Erziehung darauf angewiesen war, von der Arbeit anderer mitzuleben, und daher überwiegend dem Elend einer unselbständigen, dem Zufall preisgegebenen Existenz verfallen war.

Die Frauenemanzipation betrifft danach vorzugsweise die Unverheirateten. In der Hauptsache wird die soziale Stellung des weiblichen Geschlechts stets bestimmt bleiben durch die Ehe und Familie und durch die Aufgaben, welche der Frau in Rücksicht auf diese erwachsen.

Im übrigen trägt die Frauenemanzipation bei den unteren Ständen einen anderen Charakter als bei den mittleren. Sie berührt mehr die städtische Bevölkerung als die ländliche, wo die naturalwirtschaftlichen Verhältnisse zum Teil fortbestehen.

In erster Linie ist sie gerichtet auf die Hebung der Erwerbstätigkeit und Erwerbsfähigkeit, welche hauptsächlich durch eine gründliche Reform der weiblichen Bildung und Erziehung zu bewirken ist. Die Unvollkommenheit der letzteren hatte zur Folge, daß die Frauen bisher wegen mangelhafter Beschaffenheit der Leistungen oder aus übergroßer Konkurrenz auf den wenigen Gebieten, auf welche sie angewiesen waren, nur ein unzulängliches Entgelt für ihre Arbeit erhielten.

An eine verbesserte allgemeine Schulbildung, welche die Frauen auch mehr für ihren Beruf in der Familie vorzubereiten hätte, muß sich eine fachliche Fortbildung anschließen, um ihnen den Erwerb, wenn sie dessen bedürfen, überhaupt aber die Erfüllung eines eigentlichen Berufes zu erleichtern.

Denn auch dann, wenn es nicht der Gewinnung des Lebensunterhalts gilt, haben die Frauen, gleich den Männern, Pflichten gegen die Gesellschaft, und soweit es nicht im Dienste der Familie geschehen kann, sollen sie diese Pflichten in einer anderen für ihr Geschlecht geeigneten Weise erfüllen. Erst damit, daß man Anlagen und Fähigkeiten der Frauen in ähnlicher Weise entwickelt wie beim männlichen Geschlecht, zugleich aber das Entgelt für ihre Leistungen ohne Rücksicht auf das Geschlecht bemißt, werden Arbeits- und Erwerbsfreiheit auch für die Frauen ihre volle Bedeutung erlangen.

Hand in Hand mit der Bildungs- und Erziehungsreform muß eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gehen. ... (Deshalb) gilt es, die bestehenden Vorurteile und Gewohnheiten zu besiegen, welche zur Zeit auf vielen Gebieten der menschlichen Tätigkeit die umfassendere Verwendung weiblicher Arbeitskräfte hindern.

Manches ist bereits darin erreicht worden, wie das Beispiel der Verwendung von Frauen für den Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst in vielen Staaten beweist. Eine völlige Gleichstellung der Geschlechter auf allen Arbeitsgebieten kann allerdings nicht das Ziel sein. Denn trotz der gegenteiligen Behauptung Mills u.a. begründet das Geschlecht eine natürliche Verschiedenheit der körperlichen, geistigen und Gemütsanlagen, die Berücksichtigung verdient. Wie die schwere körperliche Arbeit und der Waffendienst, so wird auch die leitende geistige Tätigkeit den Männern stets vorbehalten bleiben.

Die genauere Grenzbestimmung aber wird erst durch eine reichere Erfahrung gewonnen und überhaupt nicht mit absoluter Gültigkeit festgestellt werden können. Gegenwärtig erscheinen die Frauen oft selbst noch in solchen Beschäftigungen von den Männern verdrängt, für welche, wie auf dem Gebiet des Elementarunterrichts, der Mädchenerziehung, der Krankenpflege u.a., ihre natürliche Befähigung nicht ernsthaft in Zweifel gezogen werden kann.

Indem man die Erziehung verbessert und das Gebiet der weiblichen Wirksamkeit erweitert, wird zugleich die sittliche Würde der Frauen erhöht werden und wird man auf diesem Weg wirksamer als mit bloßen Polizeimaßregeln dem weiteren Umsichgreifen der Prostitution steuern. Denn in der materiellen Not der ledigen weiblichen Bevölkerung ruht eine der wichtigsten Ursachen für die bedenkliche Ausbreitung des Übels.

Die Frauenbeschäftigungsfrage brachte für Deutschland im Jahre 1865 zunächst Präsident Lette in Berlin in Fluß, indem er unter dem Protektorat der Kronprinzessin Viktoria einen Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts gründete. Dieser Verein, später Lette-Verein genannt, hat sich zur Aufgabe gesetzt:

- 1) Beseitigung der Vorurteile und Hindernisse, die der höheren Bildung und der Erwerbstätigkeit der Frauen im Weg stehen;
- 2) Förderung der gewerblichen Ausbildung der Frauen;
- 3) Arbeitsvermittlung (mit Ausschluß der niederen Dienstverrichtungen);
- 4) Einrichtung von Verkaufsstellen für Frauenarbeiten;
- 5) Schutz selbständig beschäftigter Frauen gegen sittliche und wirtschaftliche Schäden.

Eine Frucht des Lette-Vereins ist die Handels-, Gewerbe- und Zeichenschule für Frauen und Töchter in Berlin.

Sodann rief Frau Luise Otto-Peters in Leipzig den Allgemeinen deutschen Frauenverein ins Leben. 1866 wurde in Berlin der Viktoria-Bazar als ein Verkaufsort für Frauenarbeiten gegründet. Die erste Gewerbeschule für das weibliche Geschlecht schuf Direktor Nöggerath in Brieg; eine ähnliche wurde in Hamburg ... für das weibliche Geschlecht eingerichtet; ... während in Leipzig seit 1863 die Lehranstalt für erwachsene Töchter zur Ausbildung für den kaufmännischen Geschäfts- und Gewerbebetrieb besteht. Auch in München, Nürnberg, Stuttgart, Darmstadt gibt es solche Institute.

Einen besonderen Teil der weiblichen Erziehungsfrage bildet die Frage, ob Frauen zum Studium der Wissenschaften zuzulassen seien. Die übrigens schwer zu begründende Behauptung der Gegner des Frauenstudiums, daß dem weiblichen Geschlecht die Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Forschung abgehe, kann nicht als entscheidend gelten. Der weit überwiegenden Mehrzahl der Studierenden dient der wissenschaftliche Universitätsunterricht nur als Vorbereitung für die höheren praktischen Berufsfächer, und daß auch Frauen den Anforderungen des sogenannten Brotstudiums entsprechen können, hat die Erfahrung genügend gezeigt.

In der Tat haben nicht wenige Frauen in der Pflege der Wissenschaften bereits Hervorragendes geleistet. Das griechische Altertum kannte einzelne Ärztinnen und brachte noch zum Schluß in Alexandria die berühmte, 415 v. Chr. vom Pöbel ermordete Philosophin Hypatia hervor. Berühmt als Dichterin in lateinischer Sprache ist die sächsische Nonne Hroswitha (gestorben 967) in Gandersheim. Italien hatte seine gelehrten Frauen im Mittelalter und ... in der Zeit des Humanismus.

Auch in Deutschland weist namentlich das Jahrhundert von 1750 bis 1850 eine stattliche Reihe weiblicher Doktoren in der medizinischen und philosophischen Fakultät und andere gelehrte Frauen auf, unter denen Christiane Erxleben, geborene Leporin (1754), welche auch eine "Gründliche Untersuchung der Ursachen, welche das weibliche Geschlecht vom Studio der Medizin abhalten" geschrieben hat, Christiane Dilthey, spätere Frau Büsching (1755), Dorothea Schlözer, spätere Frau Rodde (1787), Karoline Herschel sowie Mutter und Tochter von

Siebold (1815 und 1817) besonders bekannt sind.

Wie weit Frauen zum Universitätsstudium zuzulassen seien, ist deshalb vielmehr davon abhängig zu machen, wie weit die Ausübung der höheren Berufsarten als vereinbar mit dem Naturell und der Leistungsfähigkeit der Frauen sowie mit den tiefer begründeten sittlichen Anschauungen eines Volkes gelten können.

Als solche Berufszweige, welche in Zukunft mehr den Frauen zuzuweisen sind, können die Ausübung der ärztlichen Praxis für Frauen- und Kinderkrankheiten und das höhere Lehramt wenigstens in den Mädchenschulen genannt werden.

Die Frage, ob besondere Frauenuniversitäten zu gründen seien oder den Frauen Zutritt zu den bestehenden Hochschulen gewährt werden solle, ist von sekundärer Bedeutung. Erhebliche Bedenken gegen ein gemeinsames Studium beider Geschlechter entstehen auf dem Gebiet des medizinischen Unterrichts. Sollte man sich endgültig für die Zulassung der Frauen zum Studium entscheiden, so wird jedenfalls von ihnen das gleiche Maß von Vorkenntnissen wie von den Männern gefordert werden müssen.

Die erste Hochschule, welche die Frauen zum Studium zuließ, war Zürich. Sie blieb lange Zeit die einzige. Später erst öffneten ihnen die übrigen schweizerischen Universitäten sowie das eidgenössische Polytechnikum ebenfalls ihre Tore. Dasselbe taten Paris, wo 1886 neun Frauen die Heilkunde ausübten, und einzelne deutsche Hochschulen. In England sind an einigen Universitäten, zuerst in Edinburg und Cambridge, Mädchen wenigstens zu den wissenschaftlichen Prüfungen zugelassen worden, welche für solche veranstaltet werden, die keine Universität besucht haben. Edinburg gewährt ihnen außerdem in beschränktem Maß Zutritt zu den Vorlesungen.

1881 zählte man in England 3.304.000 Frauen, welche einem Beruf oder Gewerbe oblagen, um damit ihren Unterhalt zu verdienen. Davon waren 3.216 als höhere und niedere weibliche Beamte im Staatsdienst, 3.017 im Gemeindedienst beschäftigt. 2.646 Frauen befaßten sich mit gelehrten Studien, 11.376 hatten sich der Musik gewidmet, 94.221 wirkten als Vorsteherinnen von Schulen, 28.605 als Lehrerinnen etc.

In Amerika werden in einem großen Teil der dortigen Hochschulen die Frauen zugelassen ... Nicht bloß weibliche Ärzte, auch weibliche Prediger und Advokaten gibt es dort in beträchtlicher Anzahl. In Rußland sind zwar Gymnasien für Mädchen geschaffen worden, aber keine Frauenuniversitäten. Es sind indessen an den dortigen Hochschulen öffentliche Vorlesungen für Frauen mit zweijährigem Kurs eingerichtet worden.

Deutschland besitzt eine Frauenhochschule indem Viktoria-Lyzeum zu Berlin. Es werden dort regelmäßige freiwillige Vorträge von Männern der Wissenschaft für erwachsene Töchter der höheren Stände gehalten. Das Institut dient jedoch dem Bedürfnis nach höherer Bildung, ohne die Eigenschaften einer eigentlichen Universität zu besitzen. Dem Viktoria-Lyzeum wurde 1870 ein Damenlyzeum in Breslau and das Alice-Lyzeum in Darmstadt nachgebildet.

Die Gleichstellung des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen auf dem Gebiet des Privatrechts (Einräumung gleicher Befugnisse in Bezug auf Vermögensverwaltung, Testamenterrichtung, Vormundschaftsführung, Bürgschaftsleistung etc.) entspricht einer Forderung der Gerechtigkeit, deren Erfüllung auf höherer Kulturstufe nicht abzuweisen ist.

Von den meisten modernen Kulturvölkern ist sie im Prinzip anerkannt und der Hauptsache nach vollzogen. Immerhin sind noch manche beschränkende Bestimmungen, besonders im Familienrecht, in Geltung, welche der Anschauung entspringen, daß dem Mann als dem Haupte der Familie auch die Verwaltung und Nutznießung des seiner Frau gehörigen Vermögens gebühre.

Daß die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ebenso allgemeine Anerkennung in Zukunft finden werde wie die privatrechtliche unterliegt starkem Zweifel. Auch gehen die Forderungen der Frauen selbst in der Regel über die Gewährung des bloßen Stimm-

rechts nicht hinaus. Das auf politische Gleichberechtigung gerichtete Verlangen entspringt weniger einem praktischen Bedürfnis als einer theoretischen Anschauung von zweifelhaftem Wert. Die geistige Individualität der Frau sowie das bei ihr vorherrschende Gemütsleben lassen sie für eine tätige Teilnahme am öffentlichen Leben wenig geeignet erscheinen.

Verwirft auch die moderne Kultur sowohl die grausame Knechtung der Frau, wie sie bei rohen Völkern und im Orient vorkommt, als auch die römische Tutel (Vormundschaft) und das mittelalterliche Mundium (Schutzverpflichtung), so will sie doch durch Anerkennung der idealisierten Geschlechtsverschiedenheit gerade dem Interesse echter Weiblichkeit dienen und der Frau zu einer würdigen Stellung und zu einem segensreichen Wirkungskreis verhelfen. Dem Mann der Staat, der Frau die Familie! ...<<

**Großbritannien:** Die britische Regierung erklärt im Jahre 1865 (x056/302): >>Jede weitere Ausbreitung bzw. Regierungsübernahme sowie jedes neue Abkommen hinsichtlich eines Protektorats über eingeborene Stämme sind unerwünscht. Das Ziel unserer Politik soll darin bestehen, die eigenen Fähigkeiten der Eingeborenen so weit zu entwickeln, daß wir ihnen nach und nach die gesamte Verwaltung übertragen und letztlich diese Gebiete, außer etwa S. Leone, räumen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1865-1869 (x807/825-827): >>(Großbritannien) ... (Im Jahre 1865) begannen in Irland die Unruhen der Fenier, eines revolutionären Geheimbundes, der unter den Iren Nordamerikas entstanden war, welche während des Sezessionskrieges ihre Kraft erprobt hatten.

Der Bund war schon 1861 begründet worden, 1863 bereits war zu Chicago ein fenischer Kongreß zusammengetreten und hatte als das Ziel der Bewegung die Errichtung einer von Großbritannien unabhängigen irischen Republik proklamiert. John Stephens, das Haupt der Fenier, war seit 1864 in Irland tätig; als jetzt die Beendigung des amerikanischen Krieges eine große Anzahl irischer Unionssoldaten der Werbung zugänglich machte, dachten die Führer loszuschlagen, und am 8. September erließ Stephens ein Rundschreiben in diesem Sinn.

Aber die Regierung ergriff sofort die geeigneten Maßregeln; schon am 12. September segelte die Kanalflotte von Spithead ab, um an der Küste Irlands Station zu nehmen. Wenige Tage darauf besetzte die Dubliner Polizei die Druckerei des Hauptorgans der Fenier, des "Irish People", und verhaftete eine Anzahl Personen. Zunächst folgte die Erklärung des Kriegszustandes in Stadt und Grafschaft Cork, und gleichzeitig wurde ein Preis von 200 Pfund Sterling auf die Ergreifung John Stephens' gesetzt, während in Kanada Vorkehrungen gegen einen Einfall der amerikanischen Fenier, den man befürchtete, getroffen wurden.

Dublin, wo man am 11. November John Stephens verhaftete, erhielt starke militärische Besatzung; Stephens aber entkam noch vor dem Ende des Monats, und die Versuche, seiner durch Aussetzung hoher Preise für seine Ergreifung wieder habhaft zu werden, blieben ohne Erfolg. Dagegen wurden von den in Dublin Verhafteten die beiden Herausgeber des "Irish People" zu 20jähriger, ein dritter sogar zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Auch zu Cork fanden Verurteilungen statt. Die Erregtheit der Stimmung dauerte indes fort, und so wurden im Januar 1866 für Stadt und Grafschaft Dublin Ausnahmegesetze publiziert, wodurch es den Behörden möglich wurde, ohne weiteres Haussuchungen anzustellen.

In der am 6. Februar 1866 eröffneten Parlamentssitzung traten die Angelegenheiten von Irland sowie die Reformfrage in den Vordergrund. Hinsichtlich Irlands blieben zwar die Versuche der irischen Parlamentsmitglieder, die protestantische Kirche in Irland ihres Charakters als Staatskirche zu entkleiden, für jetzt noch erfolglos; dagegen wurde ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Pachtverhältnisse eingebracht, welcher von vielen Seiten als eine äußerst wohltätige Maßregel mit Freude begrüßt wurde. Gegen die fenischen Unruhen blieben indes immer noch Ausnahmemassregeln erforderlich, und die im Februar ausgesprochene Suspension der Habeaskorpusakte für Irland wurde im August erneuert.

Anfang Juni schlug ein in Kanada versuchter Fenierputsch gänzlich fehl: es wurden dabei mehrere der Verschworenen verhaftet und einige von diesen zum Tod verurteilt. Im Dezember regten sich die Fenier dann in Irland selbst wieder, so daß neue Verhaftungen stattfanden, mehrere Bezirke in Belagerungszustand versetzt, die Küsten durch Schiffe bewacht und in England selbst Milizen für gewisse Fälle bereit gehalten wurden.

In Amerika war ... unter den Feniern eine Spaltung ausgebrochen, indem Stephens von einem anderen Führer der Partei ... als Betrüger bezeichnet und infolgedessen von der Führerschaft abgesetzt wurde (Januar 1867). In Europa aber hörte die Bewegung darum nicht auf, sie wurde vielmehr noch drohender.

Das Anzeichen der neuen Erhebung der Fenier war ein Angriff auf das Schloß zu Chester (11. Februar), um die darin befindlichen Waffen und Munitionsvorräte nach Irland zu bringen; wiederholte Insurrektionen in Irland bei Killarney (12. Februar), Drogheda (5. März), der Versuch einer Landung bei Waterford (Anfang Juni), die Verbreitung von Proklamationen der "provisorischen Regierung der irischen Republik" folgten. Alle diese Versuche der Fenier scheiterten zwar, aber sie hielten doch die Bevölkerung in fortwährender Unruhe.

Im September gelang dann den Feniern zu Manchester durch Meuchelmord die Befreiung (von) zwei angesehenen Gefangenen ihrer Partei, doch wurden etwa 20 der Beteiligten verhaftet und drei der Mörder (23. November) hingerichtet. Die letzte Schandtat der Fenier in diesem Jahr war endlich der Versuch, zwei Gefangene aus dem Gefängnis Clerkenwell zu London durch eine Pulverexplosion zu befreien (13. Dezember), welche etwa 40 Personen der Nachbarschaft, meistens aus dem Volk, das Leben kostete. Hatte der Fenianismus wirklich noch Sympathien bei den Arbeiterklassen Englands gehabt, so ging er derselben durch solche Mordtaten gänzlich verlustig.

Im Herbst 1867 unternahm die Regierung eine Expedition gegen den Kaiser Theodor von Abessinien zur Züchtigung für Gewalttätigkeiten, die sich derselbe gegen Untertanen der englischen Krone erlaubt hatte; man verwendete dazu mit Rücksicht auf das Klima indische Truppen unter dem Oberbefehl Sir Robert Napiers. Dieser unternahm am 14. April 1868 einen Sturm auf die Festung Magdala, welcher rasch und ohne viele Verluste zum Ziel führte; 14.000 Abessinier streckten die Waffen. ...

Im Februar 1868 kam das Parlament aufs neue zusammen und ließ sich von der Regierung leicht dazu bewegen, eine Verlängerung der Ausnahmemaßregeln gegen Irland zu beschließen. Damit aber war die irische Frage selbst nicht zu erledigen, mit der sich unaufhörlich alle Kreise der Bewohner Großbritanniens beschäftigten, indem die hervorragendsten Politiker, Männer der verschiedensten Richtung, in öffentlichen Reden oder Flugschriften die Lage Irlands besprachen. Im großen und ganzen waren die Liberalen darüber einig, daß in den kirchlichen und agrarischen Verhältnissen die Wurzel des Übels zu suchen sei.

Während Russell meinte, mit einem Landgesetz auszureichen, welches den von den Grundbesitzern ausgewiesenen Pächtern eine billige Vergütung für die auf die Verbesserung des Gutes verwandte Kapitals- und Arbeitskraft sichere, forderte Stuart Mill, daß den irischen Bauern sofort ohne Ausnahme die von ihnen bebauten Landstellen als Eigentum überlassen werden sollten. Bright stand für die Organisation des ländlichen Besitzes die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung als Muster vor Augen. Mill und Bright beehrten mit gleicher Entschiedenheit die Aufhebung der irischen Staatskirche, während auch hier Russell weniger radikale Anschauungen vertrat. ...

Am 31. Juli wurde das Parlament geschlossen, und am 11. November erfolgte seine Auflösung, worauf sofort die Neuwahlen stattfanden.

Die Wahlkämpfe waren äußerst lebhaft, die Wirkungen des neuen Wahlgesetzes zeigten sich in überraschender Weise. Die Wählerzahl hatte um 1.200.000 Mann oder 82 Prozent zugenommen. Eigentliche Arbeiterkandidaten errangen zwar nirgends den Sieg; überhaupt war das

Wahlresultat den Radikalen wenig günstig, ... die Liberalen erlangten eine Mehrheit von 116 Stimmen. Das Ministerium Disraeli nahm daher ... am 3. Dezember seine Demission (Verabschiedung), und Gladstone bildete die neue Regierung ...

Am 16. Februar 1869 wurde das Parlament eröffnet. Schon am 1. März legte Gladstone die Bill über die Aufhebung der irischen Staatskirche im Unterhaus vor, welches dieselbe nach harten Kämpfen drei Monate darauf annahm. ... Sie enthielt im wesentlichen folgende Bestimmungen: Alles Eigentum der irischen Kirche (Gotteshäuser, Pfarrhäuser, Pfarrländereien und Zehntengefälle) ging in die Hände einer königlichen Kommission über, welche die Einkünfte den vorhandenen Pfründeninhabern auf deren Lebensdauer auszuzahlen hatte. ...

Die Wirkungen, welche man sich von dem neuen Gesetz versprochen hatte, gingen nur zum Teil in Erfüllung. Die extremen Parteien in Irland sahen das ihnen gemachte Zugeständnis nur als eine Abschlagszahlung an; die Tumulte und agrarischen Mordtaten der Fenier hörten nicht auf, und die Leiter der Revolutionspartei fuhrten fort, das Land in Aufregung zu erhalten. ...<<

USA: US-General Curtis schreibt am 12. Januar 1865 an US-Präsident Lincoln (x068/66):  
>>Nur zu gerne würde ich die anständigen und freundlich gesinnten (Indianer) retten und gegen die Schlächtereien von Frauen und Kinder protestieren. Aber ... der allgemeine Ruf der Siedler und Soldaten an der Grenze nach unterschiedslosem Abschachten ist sehr schwer zu überhören. Ich verabscheue diesen Stil, aber so geht es nun einmal zu, von Minnesota bis nach Texas. ...<<

Abraham Lincoln gewinnt im Jahre 1865 die US-Präsidentschaftswahlen.

US-Präsident Lincoln schließt seine 2. Antrittsrede mit folgenden versöhnlichen Worten (x145/135): >>... Mit Haß gegen niemand, mit Nächstenliebe für alle, wollen wir alles tun, was zu einem gerechten und dauerhaften Frieden unter uns und mit allen Völkern führen kann.<<

Der Bürgerkrieg (1861-1865) endet mit dem Sieg der Nordstaaten. Im Verlauf des nordamerikanischen Bürgerkrieges von 1861-65 setzen sich die wirtschaftlich wesentlich stärkeren Nordstaaten ("Union der Yankees" = rd. 960.000 Soldaten, die über moderne Repetiergewehre, Eisenbahngeschütze, Panzerschiffe etc. verfügen) erwartungsgemäß gegen die Südstaaten ("Konföderierten" = ca. 450.000 Soldaten) durch.

US-Präsident Lincoln, der nachweislich eine Aussöhnung mit den Südstaaten anstrebt, wird bereits 5 Tage nach dem Kriegsende von einem fanatischen Südstaatler ermordet.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Ermordung Lincolns (x068/134-138): >>... Der 56jährige Präsident und seine Frau saßen am 14. April 1865 abends im Fords Theater in Washington in ihrer Loge und sahen sich das Lustspiel Our American Cousin an. Sie hatten eine sie besuchende junge Dame und deren Begleiter, Major Rathbone, bei sich, als der Schauspieler John Wilkes Booth, während eine bestimmte Stelle lautes Gelächter auslöste, die Loge betrat, sich unbemerkt hinter den Schaukelstuhl des Präsidenten stellte und diesem mit einem Derringer in den Hinterkopf schoß.

Die Kugel trat hinter dem linken Ohr ein, durchschlug das Gehirn und blieb hinter dem rechten Auge stecken. Lincoln sackte zusammen und starb am nächsten Morgen um sieben Uhr 22 Minuten.

Da Booth ein fanatischer Anhänger der Südstaaten war, vermutete man bald weithin einen Racheakt des Südens gegen den Präsidenten. Vieles aber spricht dafür, daß es ganz anders, daß der eigentliche Mörder - ein Mitglied der Regierung war: Kriegsminister Edwin M. Stanton, der ganz im Unterschied zum Präsidenten für eine militärische Besetzung des Südens und eine eindeutige Politik der Vergeltung eintrat, während Lincoln noch in einer Kabinettsitzung am Tag seiner Ermordung "keine Verfolgung, keine Blutarbeit" wünschte - die hatte man inzwischen ja reichlich geleistet und mit "Erfolg".

Jetzt forderte Lincoln Versöhnung. "Niemand soll von mir erwarten, daß ich Anteil nehme am

Hängen und Töten dieser Männer, auch nicht der schlimmsten (!) ... Wir müssen mit allen Vorwürfen ein Ende machen, wenn wir wieder zusammenarbeiten und Union werden wollen. Einige unserer guten Freunde haben einen etwas zu starken Wunsch, die Herren zu spielen, den Südlichen zu diktieren ... Ich stehe nicht auf Seiten solcher Gefühle."

Lincoln, in dessen Schreibtisch gesammelt und mit einer Schnur zusammengebunden, rund achtzig Morddrohungen lagen, war zwar der Meinung (oder äußerte sie wenigstens), Attentate seien keine amerikanischen Verbrechen. In Wirklichkeit mag er anders gedacht haben. Denn mehreren geplanten Attentaten entging er nur durch Änderung seines Programms im letzten Augenblick. Zwei waren von Booth selbst schon vergeblich vorbereitet worden.

Aber gingen sie auf ihn zurück?

Auf einen Mann, der übrigens aus Maryland stammte, also gar kein Südstaatler war?

Andererseits freilich sympathisierte Booth stark mit dem Süden. Während der Beschießung von Fort Sumter durch die Konföderierten feierte er diese inmitten einer Vorstellung als Helden von der Bühne herunter, und das im Staat New York. Auch war er, der "schönste Mann der Stadt Washington", dessen Vater lange als größter Schauspieler Amerikas galt, schließlich Geheimagent in einer Untergrundbewegung geworden.

Doch zeigt das nicht eher, daß andere hinter ihm standen?

Booth konnte entkommen. Er stach dem Major, der sich ihm entgegenwarf, mit einem Messer in den Arm, hechtete über die Brüstung, brach sich ein Schienbein, stürmte auf die Bühne, schrie in das schreckensstarre Publikum die Parole Virginias: "Sic semper Tyrannis!" (So geschehe es allen Tyrannen!) und entfloh durch die Kulissen.

Nun kam es zur selben Zeit zu einem zweiten, allerdings mißlingenden Attentat auf Lincolns Außenminister Seward. Und ein drittes geplantes Attentat auf Vizepräsident Andrew Johnson fand gar nicht statt, weil es der ausersehene Attentäter mit der Angst bekam, sich Mut antrinken wollte und schließlich total betrank.

Der Präsident hatte für den Theaterbesuch am 14. April am selben Nachmittag einen seiner Adjutanten von Kriegsminister Stanton als Leibwächter erbeten, einen zuverlässigen, bärenstarken Offizier, aber Stanton hatte Lincolns Wunsch abgeschlagen: Major Eckart sei unabhkömmlich; was nicht zutraf. Statt seiner kommandierte Stanton einen Polizisten, einen gewissen Parker ab, einen Trinker und zwielichtigen Burschen, der seinen Posten vor der Präsidentenloge auch prompt verließ und eine Bar aufsuchte.

Stanton war nach dem Attentat sofort zur Stelle, übernahm provisorisch die Regierung und schickte Vizepräsident Johnson anscheinend nach Hause. Statt seiner aber suchte er selbst durch eine ganze Flut von Telegrammen, Marschbefehlen, Haftbefehlen und sonstigen Erlassen an Truppe wie Polizei die Attentäter samt Helfershelfer zu jagen und zu fangen. Nur einen Weg nach Maryland hatte Stanton seltsamerweise nicht in seine Aktion einbezogen, eine lange, nach Maryland führende Holzbrücke, die stets von einem Posten bewachte und nach neun Uhr Abend sogar gesperrte Marinewerftbrücke über den Anacostia.

Ausgerechnet auf diese Brücke ritt um 10.45 Uhr der Präsidentenmörder zu, nannte, von einer Wache befragt, seinen richtigen Namen und durfte passieren. Bald darauf traf dort auch der Komplize des zweiten Attentäters ein und durfte gleichfalls über die Brücke als nur wenige Minuten später ein dritter Reiter hier eintraf, der den Attentäter verfolgte, erklärte der Posten: "Die Brücke ist geschlossen", worauf der Verfolger umkehrte. Das Kriegsministerium hat dies dreimalige falsche Verhalten des Postens jedoch nicht weiter untersucht, sondern es als einen zwar "unseligen, aber verzeihlichen Irrtum" entschuldigt.

Als die Polizei in dieser Nacht zur Verfolgung der flüchtigen Verschwörer vom Heereshauptquartier Pferde anforderte, erklärte man dort, über keine Pferde zu verfügen und sich selber um die Sache zu kümmern, womit man sich aber Zeit ließ bis zum nächsten Tag.

Noch viel länger zögerte man gegenüber einem der mutmaßlichen Hauptverschwörer, John H.

Surratt, dessen Mutter Mary Surratt eine Pension betrieb, in der Booth aus und ein ging. Während man aber die Mutter, ohne irgendwelche Beweise, mit drei anderen Angeklagten aufgehängt hat, entkam der Sohn nach Kanada, und offenbar bloß deshalb, weil ihn Kriegsminister Stanton entkommen ließ.

Als Surratt später in England auftauchte, war es das amerikanische Kriegsministerium, das seine Festnahme vereitelte. Das Gleiche geschah, als man Surratt in Italien erkannte. Und als es schließlich den vereinten Bemühungen des Außenministers und des Marineministers gelang, Surratt in Ägypten festzunehmen, kam man in einem ersten Gerichtsverfahren zu keiner Entscheidung, und ein zweites wurde wegen Verjährung niedergeschlagen.

Booth selbst war übrigens längst von einem Soldaten auf der Flucht erschossen worden, und zwar trotz eines Befehls, ihn lebend festzunehmen. Sein Tagebuch aber wurde durch den damaligen Chef der Geheimpolizei, Brigadegeneral L. C. Baker, seinem Vorgesetzten, Kriegsminister Stanton, übergeben. Als Baker es zurückbekam, fehlten 18 Seiten darin, und zwar jene, die sich auf die Zeit von Lincolns Ermordung bezogen. Stanton behauptete, sie hätten bereits gefehlt, als Baker ihm das Tagebuch ausgehändigt habe.

Baker überwarf sich mit dem Kriegsminister, spielte aber in einer (erst 1961 entdeckten) Bucheintragung vom 2. Mai 1868 deutlich auf Stanton als "Judas" an. Diese Eintragung auf dem Buchbanddeckel ist auch durch Bakers Unterschrift beglaubigt und beginnt mit den Sätzen: "Ich werde ständig verfolgt. Es sind Professionelle. Ich kann ihnen nicht entkommen." Bald darauf war Baker tot, und schon damals vermutete man einen Giftmord.

Robert Lincoln aber, der Sohn des Präsidenten, vernichtete lange nach dessen Tod Papiere aus dem Nachlaß im Interesse der Öffentlichkeit. Sie bewiesen nämlich, ein Minister seines Vaters habe Hochverrat verübt. Diese Mitteilung, an sich schon gewichtig genug, ist darüber hinaus bemerkenswert. Unterstellt sie doch ein Interesse der (amerikanischen) Öffentlichkeit an der Vertuschung fataler politischer Tatbestände.

Aber welches Interesse sollte die (amerikanische) Öffentlichkeit daran haben, daß ein hochverräterischer Minister, vermutlich der Präsidentenmörder, unentlarvt bleibt?

Die Öffentlichkeit kann daran doch schwerlich interessiert sein, viel eher schon die amerikanische Führung. Und um von der eigenen Schande abzulenken, setzte sie seinerzeit auf den Kopf des Südstaatenpräsidenten Davis einen Kopfpfeis von hunderttausend Dollar wegen Mittäterschaft an der Ermordung Lincolns! Es ist schwer, Geschichte nicht als Satire zu schreiben.

Im Übrigen geht es im Norden aufwärts. Der Süden freilich, der Verlierer, lebt noch Jahrzehnte im Elend, wie das "befreite" schwarze Volk Amerikas bis heute.

Auch wenn man am 9. April 1866 allen in den USA Geborenen, somit auch den Schwarzen, das Bürgerrecht gewährt; aber noch immer nicht, nicht einmal auf dem Papier, den Indianern.<<

Am Grab des ermordeten US-Präsidenten werden während der Beerdigung einige Aufgaben und Ziele verlesen, die Lincoln nach dem Bürgerkrieg verwirklichen wollte (x069/27):

>>Keinem feind, allen zu helfen bereit, wollen wir danach streben, das Werk zu Ende zu führen, das wir begonnen haben. Wir wollen die Wunden der Nation heilen. Wir wollen sorgen für den, der unsere Schlachten geschlagen hat, für seine Witwe und seine Waisen. Wir wollen alles tun, was getan werden kann, um einen gerechten und dauernden Frieden untereinander und mit allen Nationen aufzurichten. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Abraham Lincoln (x810/797-798): >>Lincoln, Abraham, der 16. Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, geboren am 12. Februar 1809 in Hardin County (Kentucky) aus einer Quäkerfamilie, welche eine Farm besaß, siedelte 1816 mit seinen Eltern nach Spencer County in Indiana über und wurde von denselben bloß mit ländlichen Arbeiten beschäftigt. Nur sechs Monate lang genoß er

Schulunterricht.

1830 ließ er sich mit seinen Eltern in Macon County in Illinois nieder, baute ihnen das erste Blockhaus, welches noch vorhanden ist, und nahm 1832 an dem Krieg gegen den Schwarzen Falken in einer Freiwilligenkompanie teil, die ihn zu ihrem Hauptmann wählte. Hierauf nahm Lincoln die Stelle eines Postmeisters in Neusalem an. Daneben machte er sich mit der Rechtswissenschaft und der Feldmeßkunst bekannt.

Von 1834 bis 1840 wurde er alljährlich in die Legislatur seines Staates gewählt. 1836 ließ er sich in Springfield als Rechtsanwalt nieder und galt bald ... (als einer) der gewandtesten Verteidiger in schwierigen Rechtsfällen.

Im Dezember 1847 in das Abgeordnetenhaus des Kongresses gewählt, stimmte er hier für eine weite Auslegung der Rechte der Unionsregierung den Einzelstaaten gegenüber und vor allem für die Aufhebung der Sklaverei, zunächst im Bezirk von Columbia.

Schon auf dem republikanischen Nationalkonvent von 1856 versuchten die Abgeordneten von Illinois seine Kandidatur für die Vizepräsidentschaft durchzusetzen, drangen jedoch nicht durch; ebenso unterlag er 1858 bei der Senatorenwahl in Illinois gegen Stephan A. Douglas.

Da er sich hierbei aber als ein ebenso geschickter wie mutiger Gegner der Sklaverei bewies, wurde er im Mai 1860 von der republikanischen Versammlung in Chicago als Präsidentschaftskandidat aufgestellt und bei der Wahl der Wahlmänner am 6. November von den Stimmen aller Nichtsklavenstaaten mit Ausnahme New Jerseys zum Präsidenten erwählt.

Diese Wahl gab den über ihre Niederlage erbitterten Südstaaten Anlaß zum Abfall von der Union. Lincoln selbst entging auf seiner Reise nach Washington im Februar 1861 nur mit Mühe einem Mordanschlag. In der Rede, mit der er am 4. März 1861 das Präsidium antrat, sprach er zwar den Südstaaten das Recht ab, aus der Union auszuschneiden, suchte sie aber zu beruhigen. Doch der Angriff derselben auf Fort Sumter am 13. April gab das Signal zum Ausbruch des Bürgerkrieges.

Am 15. April erließ Lincoln seinen ersten Aufruf für 75.000 Freiwillige, und wenn er auch nicht gleich die prinzipielle Bedeutung des Kampfes erkannte, so bewahrte er doch auch in den Zeiten höchster Gefahr unerschütterlichen Mut und zähste Ausdauer und wußte diese Eigenschaften auch der Nation einzuflößen.

Nachdem er einmal die Abschaffung der Sklaverei als den Preis des Sieges proklamiert (hatte), führte er den Krieg mit konsequenter Energie trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten fort, getragen von der begeisterten Anhänglichkeit des Volkes, welches in ihm die Eigenschaften verkörpert sah, auf die es besonders stolz ist.

Er wurde daher 1864 aufs neue als Kandidat für die Präsidentschaft ausersehen und erhielt die Stimmen fast aller an der Wahl teilnehmenden Staaten. Am 4. März 1865 erfolgte sodann sein zweiter Amtsantritt. Nach dem Fall von Richmond am 3. April hielt Lincoln unter dem begeisterten Jubel der Schwarzen seinen Einzug in die ehemalige Hauptstadt der südlichen Konföderation.

Allein Lincoln überlebte diesen glorreichen Augenblick nur um wenige Tage, indem am Abend des 14. April der Schauspieler John Wilkes Booth, ein fanatischer Südländer, während einer Vorstellung in Fords Theater zu Washington dem Leben des Präsidenten durch einen Pistolenschuß ein Ende machte. Lincolns Leiche wurde in feierlichem Zug unter allgemeinsten Teilnahme des Volkes nach Springfield in Illinois gebracht und dort auf einem der Nation gehörigen Grundstück beigesetzt.

Lincoln war von unbestechlicher Redlichkeit, großer Bescheidenheit und unerschütterlicher Festigkeit des Willens; er hatte einen klaren Verstand und treffendes Urteil, dabei Witz und Humor in der Unterhaltung. Indem er plötzlich starb, als er der Sache der Freiheit durch seine energische Ausdauer den glänzendsten Triumph verschafft hatte, wurde er der populärste, gefeiertste Mann seit Washington, dessen Andenken kein Fleck trüben konnte. Seine Herkunft,

sein Vorleben, seine Erscheinung machten Lincoln zum Ideal eines echten Republikaners. Am 14. April 1876 wurde sein Standbild zu Washington feierlich enthüllt. ...

Lincolns einziger überlebender Sohn, Robert Todd Lincoln, geboren 1843, nahm noch am Bürgerkrieg teil, ließ sich dann in Chicago als Advokat nieder und wurde 1881 unter Garfield Kriegsminister.<<

### **Die Folgen des nordamerikanischen Bürgerkrieges**

Der nordamerikanische Bürgerkrieg von 1861-65 Krieg wurde mit großer Brutalität und Erbarmungslosigkeit geführt. Der lange Bürgerkrieg ruinierte vor allem die Südstaaten (x076/-146). Beim Vormarsch der siegreichen Truppen der Nordstaaten ereignen sich systematische Zerstörungen. Der Nordstaaten-General William Sherman (1820-1891) ließ z.B. in den US-Staaten Georgia und Carolina planmäßige Vernichtungsaktionen (Grundsatz der "verbrannten Erde") durchführen. Die "Sieger" vernichteten damals auf einer Breite von über 100 Kilometern alle Häuser sowie die Ernte und töteten das gesamte Vieh.

Im Verhältnis zu den verlustreichen europäischen Kriegen war dieser "legendäre" US-Bürgerkrieg eigentlich nur eine "durchschnittliche" Auseinandersetzung. Im Verlauf des sog. "Sezessionskrieges" kamen über 600.000 Menschen um, die größtenteils nicht im Kampf, sondern in den unzureichenden Hospitälern oder in den Kriegsgefangenenlagern an Seuchen starben. Die Internierungslager der Südstaaten waren besonders berüchtigt.

Die Verluste des Nordens betragen rund 360.000 Tote – darunter waren etwa 110.000 gefallene Soldaten -, während der Süden rund 258.000 Tote - darunter waren etwa 94.000 gefallene Soldaten – beklagte. Etwa 375.000 Soldaten der Nord- und Südstaaten wurden verwundet (x068/133).

Nach dem Kriegsende begann für die Südstaaten eine schwere Zeit der Entrechtung und Unterdrückung. Während der Amtszeit des US-Präsidenten Ulysses S. Grant (1822-1885, Befehlshaber der Unionstruppen) von 1869-77 mußten die "Rebellen des Südens" eine brutale Militärdiktatur überstehen. Obgleich der Bürgerkrieg sowie die spätere politische Unterdrückung, Korruption und wirtschaftliche Ausbeutung der Südstaaten eine jahrzehntelange Entfremdung zwischen den sog. "Nord- und Südstaaten" verursachten, konnte man die befürchtete Teilung der Union jedoch vermeiden.

Nach Aufhebung der Sklaverei erhielten die Schwarzen ihre "Freiheit".

Der 13. Zusatzartikel der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1865 lautete (243/101): >>Weder Sklaverei noch Zwangsdienstbarkeit darf ... in den Vereinigten Staaten ... bestehen.<<

Das Verbot der Sklaverei bedeutete für Tausende von Plantagenbesitzern den wirtschaftlichen Ruin. In den Südstaaten entstanden schon bald äußerst gefährliche Rassengegensätze, die vielerorts bis heute nicht beseitigt werden konnten.

Ein ehemaliger Sklave berichtet später über die Befreiung der Sklaven in den Südstaaten im Jahre 1865 (x122/373): >>Wir wußten, über uns war die Freiheit, aber wir wußten nicht, was mit ihr noch über uns kommen sollte. Wir dachten, wir werden reich wie die weißen Leute. ... Aber daraus ist dann nix geworden. ...<<

Im Jahre 1867 wurde der Geheimbund Ku-Klux-Klan in den Südstaaten gegründet, der Schwarze, Katholiken und Juden gnadenlos und heimtückisch bekämpfte (Lynchjustiz).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Ku-Klux-Klan" (x810/287): >>Kuklux-Clan, großer politischer Geheimbund in den Südstaaten der nordamerikanischen Union, 1867 in Nordcarolina entstanden, umfaßte alle Anhänger der Sklaverei und Feinde der Union und der republikanischen Partei und verbreitete sich sehr rasch über die anderen ehemaligen Rebellenstaaten.

Die zahlreichen Mitglieder, durch einen Eid miteinander verbunden und zum strengsten Geheimnis bei Todesstrafe verpflichtet, richteten ihre Gewalttaten besonders gegen die verhaßten

Neger und ihre Beschützer. Vermummt überfielen sie dieselben, ermordeten sie und verbrannten ihre Häuser.

Am schlimmsten hausten sie in Südcarolina und Kentucky. Ihrem verbrecherischen Treiben trat der Kongreß im April 1871 mit dem "Anti-Kuklux-Gesetz" entgegen, das dem Präsidenten bis zum 1. Juli 1872 eine fast diktatorische Gewalt übertrug und den erstrebten Erfolg hatte, da das Unwesen mit militärischer Hilfe unterdrückt wurde.<<

Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Folgen des Krieges (x145/135): >>Nach dem Kriege war das alte Amerika vernichtet. Die Industrie hatte über Nacht ihren Einzug gehalten. Sie hatte die landwirtschaftlichen Methoden verändert, hatte einer tollen Ausbeutung der Bodenschätze den Weg bereitet und den gewissenlosen Geldgewaltigen mit einem fetten Kriegsgewinn in den Mittelpunkt gestellt.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das Ende des US-Bürgerkrieges von 1861-1865 (x068/132-133): >>... Freilich, nach vier ungeheuren Mordjahren zwecks "Wiedergeburt der Freiheit" (Lincoln) sind die Südstaaten fertig, buchstäblich außer Gefecht gesetzt. Sie sind restlos erledigt, nicht nur militärisch, auch finanziell. Sie sind nicht nur bar aller Kriegsmittel, sind ausgeblutet, ausgehungert.

Die letzten wichtigen Häfen sind erobert, weite Landstriche völlig verheert. Das Transportsystem ist zusammengebrochen, der Durchhaltewille der Bevölkerung erschöpft. Viele Soldaten desertieren jetzt, der geplante Einsatz der Schwarzen kann nicht mehr erfolgen. Lees Truppen, nur noch 30.000 Mann, stehen 115.000 unter Grant gegenüber.

Bei der Schlacht von Five-Forks am 1. April 1865, dem letzten großen Mordakt dieses Krieges, dem "Waterloo" der Konföderierten, werden Lees Linien an drei Stellen von dem zahlenmäßig weit stärkeren Gegner durchbrochen. Richmond muß preisgegeben werden. In das Haus des Südstaaten-Präsidenten Davis ziehen Generale des Nordens ein. "Es wirkte", so Admiral David Porter, der Lincoln nach Richmond begleitet, "verglichen mit dem Weißen Haus, in jeder Hinsicht sehr bescheiden.

Man merkte, daß Davis vollkommen ohne Dünkel war und wie ein einfacher Bürger gelebt hatte." Am 9. April streckt die auf 28.000 Mann zusammengeschmolzene Hauptarmee unter General Lee in Virginia die Waffen vor General Grant. Und vielfach korrupte Besatzungsbehörden beginnen jetzt gleich mit der "Umerziehung" des Südens, der seither gegenüber dem Norden ein tief eingefleischtes Ressentiment hegt. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des nordamerikanischen Bürgerkrieges von 1861-1865 (x068/133-134): >>... Begreiflich, waren die Verluste in diesem Bürgerkrieg doch gewaltig.

Aber hatte nicht Präsident Jefferson schon vorausgesehen, um nicht zu sagen prophezeit, gefordert gar, daß "der Baum der Freiheit" (= Lincolns "Wiedergeburt der Freiheit") "von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen begossen werden muß"?

Er hatte. Und vielleicht läßt dies auch künftig noch einiges erwarten ...

Der amerikanische Bürgerkrieg war nicht nur der erste "moderne", der erste "totale" Krieg, er war auch einer der mörderischsten Kriege überhaupt, eines der großen Geschichtsverbrechen, das Nordamerika mehr Opfer kostete als beide Weltkriege zusammen.

Allein die Verluste der Armeen betragen 33 bzw. 40 Prozent. Die Union hatte 359.528 Tote (darunter rund 110.000 sogenannte Gefallene - ein wunderbares Wort, in dem der Euphemismus Triumphe feiert: als wäre man eben mal ausgerutscht, ein bißchen hingefallen ...), der Süden 258.000 Tote (darunter 94.000 "Gefallene"). Verwundet wurden auf beiden Seiten insgesamt über 375.000 Mann.

Nachdem General Lee aber am 7. April 1865 die Kapitulationsbedingungen erhalten und unterzeichnet hatte, schrieb er an seine Soldaten: "Da der Bürgerkrieg zu Ende ist ... halte ich es für jedermanns Pflicht, mit vereinten Kräften zur Wiedergesundung des Landes in Frieden

und Eintracht beizutragen ..."

So einfach ist das: erst mordet man gemeinsam, dann baut man gemeinsam wieder auf.

Und, wirklich, so ähnlich ist nun mal der Lauf der Geschichte, die sich, nach einem viel zitierten Satz, nicht wiederholt.

Also: keine sich wiederholenden wirtschaftlichen Krisen?

Keine sich wiederholenden Kriege?

Keine stete Ausbeutung, Unterdrückung, kein steter Betrug?

Kein stetes Herrschen auch der Wenigen über die Vielen?

Und kein immerwährendes Reinlegen dieser und Rausreden jener?

Nein?

Oder doch?

Semper idem, wahrhaftig, gerade was die Haupt- und Staatsaktionen der Historie angeht, in der doch nur die Namen wechseln, die Methode bleibt.

Im Übrigen war die Anregung des Generals Lee, mit vereinten Kräften wieder aufzubauen, was man gerade erst zusammen kaputtgeschlagen hatte, ganz im Sinn des Präsidenten Lincoln, der zwar den Krieg um jeden Preis gewollt und bekommen hatte. Aber nun wollte er, wie der General Lee, gemeinsam weiter. Einigkeit macht stark - wir Deutschen kennen den Spruch, aber eben nicht nur wir. Nein, Lincoln wollte jetzt - nachdem er hatte, was er wollte - gar nicht, wie viele, wie die meisten im Norden, die Rache auskosten.

Nein, er suchte jetzt die Versöhnung, die engste Kollaboration - so wie etwa, bei allen Unterschieden, die USA nach 1945 mit Deutschland. Oder die Bundesrepublik selbst schließlich mit Ostdeutschland. Einmal braucht man die Sklavereistaatler, einmal die Nazideutschen, vor allem die Nazi-Generäle, einmal die Stasi-Garnitur des verflissenen SED-Regimes ... Das muß so sein. Denn gleich und gleich gesellt sich gern.

Allerdings konnte Lincoln seinen Sieg nicht mehr auskosten. Fünf Tage nach dem 9. April, der Kapitulation der konföderierten Armee, wird er erschossen.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den US-Bürgerkrieg von 1861-1865 (x364/87-94):

>>... **Der Zerstörungsplan der Verschwörer**

In den Jahren nach der Unabhängigkeit hatte sich zwischen der baumwollpflanzenden Aristokratie in den Südstaaten und den englischen Tuchfabriken ein enges Geschäftsverhältnis entwickelt. Die europäischen Banker entschieden, daß diese Geschäftsverbindung die Achillesferse Amerikas sei, die Tür, durch die die junge amerikanische Republik erfolgreich angeschossen und überwunden werden könnte.

Die "Illustrated University History", 1878, berichtet, daß die Südstaaten von englischen Agenten überschwemmt wurden. Diese verschworen sich mit den einheimischen Politikern, um gegen die eigenen Interessen der Vereinigten Staaten zu arbeiten.

Die von ihnen sorgfältig ausgesäte und gehegte Propaganda wuchs zur offenen Rebellion aus und führte zur Abtrennung des Staates Süd-Carolina am 29. Dezember 1860. Innerhalb weniger Wochen traten sechs weitere Staaten der Verschwörung gegen die Union bei und sagten sich von ihr los, um die Konföderierten Staaten von Amerika unter Jefferson Davis als ihrem Präsidenten zu bilden.

Die Verschwörer stellten Armeen auf, besetzten Festungen, Arsenalen, Geldprägestalten und sonstige Besitztümer der Union. Sogar Mitglieder im Kabinett des Präsidenten Buchanan waren mit von der Partie, die Union zu zerschlagen. Sie schädigten das öffentliche Ansehen und beteiligten sich an dem Bankrott der Nation. Zwar beklagte Buchanan die Session, aber er unternahm keine Schritte, sie unter Kontrolle zu bringen, nicht einmal, als Küstenbatterien in Süd-Carolina auf ein US-Schiff das Feuer eröffneten.

Kurze Zeit später wurde Abraham Lincoln Präsident. Er wurde am 4. März 1861 in sein Amt

eingeführt. Lincoln ordnete sofort eine Blockade der Südstaaten an, um sie von den aus Europa kommenden Versorgungsmitteln abzuschneiden. Als "offizielles" Datum für den Beginn des Bürgerkrieges wird der 12. April 1861 angegeben, an dem das Fort Sumter in Südcarolina von den Konföderierten bombardiert wurde. Offensichtlich hat er aber sehr viel früher angefangen.

Im Dezember 1861 wurden europäische Truppen (Engländer, Franzosen, Spanier) in großer Zahl nach Mexiko verschoben, was eine Mißachtung der Monroe-Doktrin war. Dies sowie die umfassenden Hilfeleistungen aus Europa an die Konföderierten waren die Anzeichen dafür, daß sich die englische Krone auf den Eintritt in den Krieg vorbereitete.

Die Aussichten für den Norden und die Zukunft der Union sahen in der Tat schwarz aus. In dieser Stunde der äußersten Krise wandte sich Lincoln an den Erzfeind der Krone, Rußland, um Hilfe. Als der Brief mit Lincolns dringlichem Appell dem Zaren Nikolaus II. übergeben wurde, wog er ihn ungeöffnet in seiner Hand und sagte:

"Bevor Wir diesen Brief gelesen und seinen Inhalt kennen, gewähren Wir jedwede Bitte, die er enthalten mag."

### **Mord wegen zinsfreier US-Noten**

Unangekündigt dampfte eine russische Flotte unter Admiral Liviski am 24. September 1863 in den Hafen von New York ein und ging dort vor Anker. Die russische Pazifikflotte unter Admiral Popov erreichte San Francisco am 12. Oktober. Zu diesem Akt der Russen bemerkt Gideon Wells: "Ihre Ankunft erfolgte auf dem Höhepunkt der Konföderation und dem Tiefpunkt des Nordens und verursachte, daß England und Frankreich lange genug zögerten, um das Blatt sich zugunsten des Nordens wenden zu lassen."

Die Geschichtsschreibung enthüllt uns, daß die Rothschilds kräftig dabei waren, beide Seiten des Bürgerkrieges zu finanzieren. Lincoln versetzte ihrer Tätigkeit einen Dämpfer, als er sich im Jahre 1862 und 1863 weigerte, die von den Rothschilds geforderten exorbitanten Zinsen zu zahlen und verfassungsmäßig zulässige, zinsfreie US-Noten herausgab. Wegen dieser und anderer patriotischer Handlungen wurde Lincoln kaltblütig von John Wilkes Booth am 14. April 1865 erschossen, nur fünf Tage nachdem sich Lee im Appomattox Court House, Virginia, Grant ergeben hatte.

Die Enkelin von Booth, Izola Forrester, berichtet in ihrem Buch "One Mad Act", daß Lincolns Attentäter vor dem Mord in enger Verbindung mit unbekanntem Europäern gestanden hat und wenigstens eine Reise nach Europa unternommen hatte.

Nach dem Mord wurde Booth durch Mitglieder der Ritter des Goldenen Kreises spurlos in Sicherheit gebracht. Der Autorin zufolge hat Booth nach seinem Verschwinden noch viele Jahre gelebt.

### **Die Ziele werden weiter verfolgt**

Unbeeindruckt von ihren ersten Mißerfolgen, die Vereinigten Staaten zu zerstören, setzten die internationalen Banker die Verfolgung ihrer Zielsetzung mit unablässigem Eifer fort. Zwischen dem Ende des Bürgerkrieges und 1914 waren ihre Hauptagenten in den Vereinigten Staaten: Kühn, Loeb and Co. sowie J. P. Morgan Co.

Am 1. Februar 1936 erschien eine kurze Chronik über Kühn, Loeb and Co. in der Zeitschrift "Newsweek": "Abraham Kühn und Salomon Loeb waren Kolonialwarenhändler in Lafayette, Indiana, im Jahre 1850. Wie in allen neubesiedelten Regionen üblich, wurden die meisten Geschäfte auf Kredit getätigt. Bald stellten die beiden fest, daß sie Bankiers waren.

Im Jahre 1867 gründeten sie Kühn, Loeb and Co., Bankiers, in der Stadt New York und nahmen einen jungen deutschen Auswanderer, Jacob Schiff als Teilhaber auf. Der junge Schiff hatte gewichtige Finanzbeziehungen in Europa. Zehn Jahre später stand Jacob Schiff an der Spitze von Kühn, Loeb and Co., da Kühn gestorben war und Loeb sich zurückgezogen hatte.

Unter Schiffs Leitung brachte die Bank europäisches Kapital mit der amerikanischen Industrie

zusammen."

### **Die Insider machen wieder einmal Beute**

Schiffs "gewichtige Finanzbeziehungen in Europa waren die Rothschilds und ihre deutschen Vertreter, die M. M. Warburg Gesellschaft in Hamburg und Amsterdam. Innerhalb von 20 Jahren hatten die Rothschilds über ihre Warburg-Schiff-Verbindung das Kapital bereitgestellt, mit dem John D. Rockefeller sein Standard Oil-Imperium ganz erheblich ausbauen konnte. Des weiteren wurden von ihnen die Aktivitäten von Edward Garriman (Eisenbahn) und Andrew Carnegie (Stahl) finanziert.

Um die Jahrhundertwende entsandten die Rothschilds, unzufrieden mit dem Fortschritt ihrer amerikanischen Manöver, einen ihrer Spitzenleute, Paul Moritz Warburg, nach New York, um so direkt die Führung ihres Angriffs auf den einzigen wahren Verfechter für individuelle Freiheit und Wohlstand zu übernehmen - die Vereinigten Staaten von Amerika.

Bei einem Hearing des Banken- und Währungsausschusses des Kongresses im Jahr 1913 gab Warburg zu, er sei "ein Mitglied des Bankhauses Kühn, Loeb and Co. Ich bin 1902 in dieses Land gekommen, während ich in Hamburg, Deutschland, geboren wurde und dort das Bankgeschäft erlernt habe und danach in London und Paris das Bankfach studiert und die ganze Welt bereist habe."

Im ausgehenden Jahrhundert war es nicht üblich, daß Leute "in London und Paris das Bankfach studieren" und "die ganze Welt bereisen", wenn sie nicht eine spezielle Mission zu erfüllen hatten.

Zu Beginn des Jahres 1907 hob Jacob Schiff, der von Rothschild bezahlte Boß des Hauses Kühn, Loeb and Co., in einer Rede vor der New Yorker Handelskammer warnend hervor, daß "wenn wir keine Zentralbank mit einer ausreichenden Kontrolle über die Kreditbeschaffung bekommen, dann wird dieses Land die schärfste und tiefgreifendste Geldpanik in seiner Geschichte erleben."

Kurze Zeit später stürzten die Vereinigten Staaten in eine Währungskrise, die alle Zeichen einer geschickt geplanten Rothschild-Arbeit trugen. Die daraus resultierende Panik am Kapitalmarkt ruinierte das Leben zehntausender unschuldiger Menschen im ganzen Land - und brachte der Bankelite Milliarden ein.

Der Zweck dieser "Krise" war ein zweifacher: Erstens für die Insider finanzielle "Beute" zu machen und zweitens dem amerikanischen Volk die "große Notwendigkeit" einer Zentralbank vor Augen zu führen.

### **Die unsichtbare Regierung der Geldbarone**

Paul Warburg erklärte vor dem Banken- und Währungsausschuß:

"Bei der Panik des Jahres 1907 war mein erster Vorschlag, "laßt uns eine nationale Clearing-Bank (Zentralbank) gründen". Der Aldrich-Plan (für eine Zentralbank) enthält viele Dinge, die einfach grundlegende Regeln des Bankgeschäftes sind.

Ihr Ziel muß dasselbe sein." Tief in ihre Kiste oft geübter Praktiken greifend zogen die internationalen Banker ihren bisher größten Coup ab - die Gründung des in Privathänden befindlichen "Federal Reserve System", womit die Kontrolle über die Finanzen der Vereinigten Staaten in die Hände machtbesessener Geldmonopolisten gelegt wurde. Paul Warburg wurde der erste Vorsitzende des "Fed".

Der Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh legte den Finger genau auf die Wahrheit, als er im Ausschuß an die Verabschiedung des "Federal" Reserve-Gesetzes durch den halbleeren Kongreß am 23. Dezember 1913 sagte: "Mit diesem Gesetz wird der gigantischste Konzern auf dieser Welt gegründet. Wenn der Präsident (Wilson) diese Gesetzesvorlage unterzeichnet, wird die unsichtbare Regierung der Geldbarone legalisiert. Das schwerste Verbrechen des Kongresses ist sein Währungssystem.

Das schlimmste gesetzgeberische Verbrechen aller Zeiten wird mit diesem Bank- und Wäh-

rungsentwurf begangen."

### **Plan für die Weltheroberung**

Nachdem sie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Nationen Europas finanziell fest in ihren Griff bekommen hatten, waren die internationalen Banker fieberhaft dabei, ihren Einflußbereich in alle Himmelsrichtungen auszudehnen und damit den endgültigen Sturm auf die Vereinigten Staaten vorzubereiten - eine Nation, die dank ihrer einmaligen Verfassung frei geblieben war.

In den nun folgenden Jahrzehnten wurde deutlich, daß sie, um ihr Ziel der Weltherrschaft zu erreichen, eine Reihe von Weltkriegen würden anzetteln müssen, die zu einer Nivellierung der Weltordnung führen würden, so daß der Weg für die Errichtung einer "Neuen Weltordnung" frei sein würde.

Dieser Plan wurde in einem Brief an Giuseppe Mazzini vom 15. August 1871 in anschaulichen Einzelheiten von Albert Pike, dem souveränen Großmeister des Altentümlichen und An-erkannten Schottischen Ritus der Freimaurerei und obersten Illuminaten in Amerika, dargelegt.

Pike schrieb, der Erste Weltkrieg sollte zusammengebraut werden, um das zaristische Rußland zu zerstören - und dieses weite Land unter die unmittelbare Kontrolle der Illuminaten-Agenten zu bringen. Rußland sollte dann als "Buhmann" benutzt werden, um die Ziele der Illuminaten weltweit zu fördern.

Weltkrieg Nummer 2 sollte über die Manipulation der zwischen den deutschen Nationalisten und den politischen Zionisten herrschenden Meinungsverschiedenheiten fabriziert werden. Daraus sollte sich eine Ausdehnung des russischen Einflußbereiches und die Gründung eines Staates Israel in Palästina ergeben.

Der Dritte Weltkrieg sollte dem Plan zufolge sich aus den Meinungsverschiedenheiten ergeben, die die Illuminaten-Agenten zwischen den Zionisten und den Arabern hervorrufen würden.

Es wurde die weltweite Ausdehnung des Konfliktes geplant. Wie der Brief sagt, planten die Illuminaten, "Nihilisten und Atheisten aufeinander loszulassen " und "einen schrecklichen sozialen Umsturz zu provozieren, der in seinem ganzen Horror den Nationen die Wirkung des absoluten Atheismus deutlich vor Augen führen wird, Ursprung der Bestialität und der blutigsten Aufrühren.

Danach werden überall die Bürger gezwungen, sich gegen die Weltminderheit der Revolutionäre zu verteidigen, jene Zerstörer der Zivilisation zu vernichten und die Menge, über das Christentum enttäuscht, dessen deistische Geister von dem Moment an ohne Wegweiser sein werden, und sehnsüchtig nach einem Ideal, jedoch nicht wissend, wem Anbetung entgegenzubringen, wird das wahre Licht durch die universale Manifestation der reinen Doktrin Luzifers empfangen, die schließlich ins Licht der Öffentlichkeit gebracht wird, eine Manifestation, die ein Ergebnis der allgemeinen reaktionären Bewegung sein wird, die auf die Vernichtung des Christentums und Atheismus folgen wird, die damit beide mit einem Schlag besiegt und ausgelöscht worden sind."

Zu der Zeit, da Pike diesen bemerkenswerten Brief schrieb, gab es auf der Weltbühne fünf verschiedene Ideologien, die in einen "Kampf um Raum und Macht" verstrickt waren. Es waren dies:

1. Die geheime Ideologie der internationalen Banker beziehungsweise der Illuminati. Ihr Ziel war die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung, die von den "Erleuchteten" an der Spitze ausgeübt werden sollte.
2. Die "Pan-Slawistische" Ideologie Rußlands ... Nach A. H. Granger, Autor von "England World Empire", 1916, fordert diese Ideologie die Beseitigung Österreichs und Deutschlands, danach die Eroberung Indiens und Persiens und endet mit den Worten: "... was die Unterjo-

chung Europas sicherstellt."

3. Die Ideologie "Asien den Asiaten", die von den Japanern verfochten wurde. Hierbei ging es um eine Konföderation der asiatischen Nationen unter japanischer Vorherrschaft.

4. Die Pan-Germanische Ideologie, die die politische Kontrolle des europäischen Kontinents durch die Deutschen vorsah, Befreiung von den Beschränkungen der englischen Krone auf hoher See und die Einführung einer Politik der "offenen Tür" in Handel und Gewerbe zu den übrigen Ländern der Welt.

5. Pan-Amerikanismus oder die Ideologie "Amerika den Amerikanern ". Sie sah vor, "Handel und Freundschaft mit allen, Bündnisse mit niemanden".

### **Teuflisches Meisterwerk satanischer Genialität**

Der amerikanische Außenminister Root erklärte 1906, daß mit dieser Ideologie, die ihren Niederschlag in der Monroe-Doktrin des Jahres 1823 gefunden hatte, Amerikaner von "einer Beteiligung an den politischen Zielen, Interessen oder Zuständigkeiten in Europa ausgeschlossen sind, genauso wie die europäischen Mächte, aufgrund der gleichen möglichen Doktrin, nunmehr hundert Jahre alt, davon ausgeschlossen sind, sich an den politischen Angelegenheiten der souveränen Staaten der westlichen Hemisphäre zu beteiligen oder einzumischen.

Wenn die Pläne der internationalen Bankiers und damit der Illuminaten Früchte tragen sollten, dann mußten Rußland, Deutschland, Japan und die USA in die Knie gezwungen werden, und zwar in bedingungsloser Kapitulation, Armut und Schande.

Der Illuminatenplan zur Welteroberung, wie von Albert Pike zitiert, war ein teuflisches Meisterwerk satanischer Genialität, das etliche Millionen Menschen das Leben rauben und etliche Milliarden Dollar zu seiner Verwirklichung kosten würde.

Der Plan, den die Illuminaten zur Erreichung ihres Welteroberungszieles aufgestellt hatten, war sowohl einfach als auch effektiv. Auf der Verwirklichung ihres Endzieles haben die internationalen Banker und ihre Bundesgenossen rund um den Erdball diesen Plan aufgegriffen, um ein unermessliches Vermögen an Grundbesitz zusammenzuraffen.

Bisher ist die Durchführung des Planes so glatt vonstatten gegangen, daß sie häufig der Beifall derer gewonnen hat, die er vernichtet. Ihr Plan läßt sich als Stadtsanierung bezeichnen.

Man sagt, es gibt drei Arten von Menschen: 1. Solche, die etwas bewirken; 2. Solche, die den Geschehnissen zuschauen und 3. Solche, die sich wundern, was passiert ist.

Die große Mehrheit der Menschheit befindet sich in den beiden letzten Kategorien. Die meisten haben "Augen, um zu sehen", doch sie "sehen nicht, was geschieht". Die meisten haben "Ohren, um zu hören", doch "sie verstehen nicht, was geschieht" - lokal, national und international.<<

In den Nachkriegsjahren entfaltete sich der Großkapitalismus der Nordstaaten (Zeitalter des "Hochkapitalismus" bzw. der "Industriellen Revolution"). Unter Führung der Nordstaaten wandelte sich Nordamerika etwa seit 1900 von einem Agrarstaat zur größten Industriemacht der Welt. In den Nordstaaten dominierten gewaltige Großunternehmen und Riesenkonzerne die US-Wirtschaft. "Big-Business-Könige", wie z.B. Astor (Pelzhandel), Carnegie (Steel Corp.), Morgan und Vanderbilt (Eisenbahngesellschaften), Rockefeller (Standard Oil). Morgan und Rockefeller kontrollierten damals allein 20 % des nordamerikanischen Volksvermögens (x061/395).

Johann J. Astor (1763 in Walldorf bei Heidelberg geboren, wanderte 1783 nach Nordamerika aus) erzielte durch Pelz- und Grundstücksgeschäfte riesige Gewinne. Als Astor 1848 starb, war er der reichste Mann Nordamerikas.

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über "Johannes Astor" (x821/1.017): >>Astor, Johannes Jakob., geboren am 17. Juli 1763 zu Walldorf bei Heidelberg, ging 1777 zu einem ältern Bruder nach England, bei dem er den Instrumentenbau lernte, 1783 nach Neuyork und trieb Handel mit den Indianern und Grenzern in den Pelzgebieten des

Staates Neuyork und Kanadas.

1800 besaß er 1/4 Million Dollar, die er bis 1811 durch umsichtige Anlagen in Grundeigentum vervierfachte. 1811 suchte er den nordwestlichen Teil Nordamerikas in den Bereich seines Geschäfts zuziehen; er wollte von da aus den Pelzhandel und durch direkte Verbindung mit China die Tee- und Seideinfuhr monopolisieren. Dieser Plan, der in Astoria, in Oregon an der Mündung des Columbia, teilweise Verwirklichung fand und zwei Expeditionen auf dem Großen Ocean veranlaßte, scheiterte an den kriegerischen Verwicklungen mit England und der Untreue von Astors Beamten. ...

Fortan beschränkte Astor seine Unternehmungen auf die Vereinigten Staaten, besonders Neuyork. Sein Vermögen erwarb er durch Spekulationen in Grundeigentum in den neueröffneten rasch emporblühenden nordwestlichen Staaten und in Neuyork. Infolge des Wachstums dieser Stadt stieg sein Besitz im Werte so, daß er bei seinem Tode (29. März 1848) auf 20, beim Tod seines gleichnamigen Enkels (23. Februar 1890) auf über 100 Millionen Dollar geschätzt wurde.

Die von Astor auf Anregung seiner literarischen Freunde, wie Washington Irving, gegründete Astor-Bibliothek in Neuyork, für die er 400.000, sein Sohn später 200.000 Dollar aussetzte, steht unter der Aufsicht von 12 Verwaltungsräten, unter denen sich zuerst Washington Irving, Fitz-Greene Halleck, Cogswell befanden.

Die Bibliothek ist in einem schönen, im byzantinischen Stil erbauten Hause am Lafayette-Place aufgestellt, wurde am 9. Januar 1854 eröffnet und prachtvoll eingerichtet. Sie zählt gegenwärtig gegen 250.000 Bände, namentlich aus Technologie und orientalischer Literatur, und ist somit eine der größten Bibliotheken der Neuen Welt; übertroffen wird sie nur von der Harvard University, der Boston Public und der Congress Library in Washington. Astor-Haus (1854 eröffnet) heißt eine von Astor mit 50.000 Dollar in seinem Geburtsorte gestiftete Erziehungsanstalt für arme Kinder, die zugleich hilfsbedürftige alte Leute versorgt. ...<<

Ein Untersuchungsausschuß in New York berichtet damals über Rockefellers Monopolstellung in der US-Erdölindustrie (x145/138): >>Die Standard Oil Company besitzt und kontrolliert die Röhrenleitungen. Sie versendet 95 % des gesamten Erdöls und diktiert den Eisenbahnen die Frachtbedingungen. Sie hat im ganzen Lande Raffinerien aufgekauft. Vermittels ihrer überlegenen Transportmöglichkeiten kann sie die Weltmarktpreise unterbieten.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über John D. Rockefeller (x364/53-61): >>... **Rockefellers General Education Board**

Um die Jahrhundertwende war einer der verachtetsten Namen Amerikas der Name Rockefeller. Der alte John D. Rockefeller hatte diesen Ruf mit unerhörter Schläue, Falschheit und Gier erworben. Sein Name war Synonym für skrupellose Ausbeutung. Er sagte oft: "Konkurrenz ist Sünde."

In einem Versuch, sein Image nicht seinen Charakter - zu verbessern, heuerte John D. mit Ivy Lee einen der führenden amerikanischen Werbefachleute an. Auf dessen Vorschlag trug Mr. Standard Oil von nun an immer eine Handvoll 10-Cent-Stücke mit sich herum, um sie an Kinder zu verteilen, wenn er einmal was selten genug vorkam - in der Öffentlichkeit auftrat.

Teil des Programms zur Verbesserung seines Images war die Gründung einer Reihe von Stiftungen und Konzernen. Nach außen wurden sie der Öffentlichkeit als ein Versuch Rockefellers präsentiert, das Los des amerikanischen Volkes durch die Finanzierung von Forschungsprojekten auf erzieherischem, medizinischem und religiösem Gebiet zu erleichtern.

Aber bei John D.'s zutiefst verschwörerischer Natur gab es dabei natürlich immer einen Haken. Garry Allen schreibt in seinem Bestseller "Die Rockefeller-Papiere": "Er hatte noch etwas im Hinterkopf, das dem alten Machiavelli mehr entsprach. Er wollte sein Geld an Stiftungen "verschenken", die seiner Kontrolle unterstanden, und dann sollten diese Stiftungen das

Geld wieder auf eine Art und Weise ausgeben, die dem Rockefeller-Imperium noch mehr Macht und Gewinn verschaffte. Das "verschenkte" Geld sollte sozusagen Brot sein, das als Köder ins Wasser geworfen wurde. Brot mit einem Haken darin. John D. Junior entwickelte dafür später den Grundsatz des wissenschaftlichen Schenkens."

Diese Tatsache trat ganz deutlich zutage, als Rockefeller sich auf dem Erziehungssektor zu engagieren begann. John D. stellte Fred Gates ein, der vorher als Repräsentant des Pillsbury Mehlunternehmens unerhört erfolgreich gewesen war und der nun das Rockefellersche "General Education Board" organisieren sollte. Der wirkliche Zweck dieser Einrichtung war nicht, wie man glauben machen wollte, eine Erhöhung des Standards des amerikanischen Erziehungswesens zum Nutzen der Nation.

Wie bei Clinton Roosevelt und Albert Pike traten die eigentlichen Absichten der neuen Institution in ihrer ersten Veröffentlichung zutage. Sie folgten einem Muster, das mehr als hundert Jahre zuvor von Adam Weishaupt niedergelegt wurde, als er schrieb: "Es ist notwendig, das gemeine Volk für unseren Orden zu gewinnen. Das beste Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist die Beeinflussung der Schulen."

### **Ausmerzung von Tradition**

Es ist fast unmöglich, die Bestrebungen der Weishaupt-Verschwörung auf dem Feld der Erziehungspropaganda präziser auszudrücken, als das im "Gelegenheitsbrief Nr. 1" des Rockefellerschen General Education Board im Jahre 1904 geschah. In ihm heißt es: "In unseren Träumen haben wir unbegrenzte Mittel, und die Leute fügen sich mit völliger Hingabe unseren formenden Händen.

Die gegenwärtigen Erziehungs-Konventionen entschwinden ihren Geistern und, ungehindert durch Tradition, breiten wir unseren guten Willen über ein dankbares und ansprechendes ländliches Volk. Wir werden nicht versuchen, diese Leute oder eines ihrer Kinder zu Philosophen oder zu Menschen der Lehre oder Männer der Wissenschaft zu machen.

Wir haben aus ihnen nicht Autoren, Publizisten, Dichter oder Männer der Schrift zu ziehen. Wir werden weder nach werdenden großen Künstlern, Malern und Musikern suchen, noch nach Anwälten, Doktoren, Predigern, Politikern, Staatsmännern, von welchen wir über ein großes Potential verfügen.

Die Aufgabe von uns wird eine sehr einfache und ebenso schöne sein, diese Leute so, wie wir sie vorfinden, für ein vollkommen ideales Leben dort, wo sie sind, auszubilden. Wir werden daher unsere Kinder organisieren und sie lehren, was ihre Väter und Mütter auf imperfekte Weise tun, in ihren Heimen, den Geschäften und auf den Farmen perfekt zu tun."

Alle wesentlichen Elemente von Weishaupts Illuminismus finden sich in diesem Brief. Zunächst die Pose der Menschenfreundlichkeit; dann die Absicht, die Leute einer Gehirnwäsche zu unterziehen - sie zu "formen"; drittens die Ausmerzung von Tradition, Wissenschaft und echtem Lernen; viertens der diktatorische Anspruch; fünftens der Plan, die Bauern in ein Kastensystem einzuteilen - "wie wir sie vorfinden"; sechstens der Plan, die nationale Intelligenz auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinabzudrücken und den Einfluß des Elternhauses zu zerstören (was einer Abschaffung der Familie gleichkommt); siebtens die völlige Verachtung der Bauern; achtens das Element der Subversion und des Un-Amerikanismus - die erklärte Absicht, anerkannte Sitten und Gebräuche über Bord zu werfen für die Rockefellerschen Bestrebungen; und schließlich der "Perfektionismus", die "Vervollkommnung des menschlichen Lebens", die auch Weishaupts vorgebliches Ziel war.

### **Stiftungen für Eine-Welt-Sozialisten**

Der korrumpierende Einfluß, den die Rockefeller-Stiftungen auf das amerikanische Schulsystem hatten, ist ausführlich dokumentiert. Als ein Untersuchungsausschuß des Kongresses unter Vorsitz von Carroll Reece aus Tennessee versuchte, den Aktivitäten der Stiftungen offen nachzugehen, stieß er bei allen einflußreichen Stellen in Washington auf unüberwindlichen

Widerstand und mußte aufgelöst werden.

Vier Jahre darauf schrieb der Generalanwalt des Ausschusses, Rene A. Wormser, ein höchst aufschlußreiches Buch über das Thema "Macht und Einfluß von Stiftungen". Nach seinen Worten führen die von dem Ausschuß zutage geförderten Fakten "zu dem Schluß, daß es unter einigen führenden Erziehern in den Vereinigten Staaten in der Tat so etwas wie eine echte Verschwörung mit dem Ziel gibt, über unser Schulsystem den Sozialismus einzuführen."

Über die Jahre entstand ein mächtiges Netzwerk von Stiftungen mit ihren verbündeten Organisationen, das das Erziehungswesen in hohem Maße kontrollierte. Teil dieses Netzwerkes und in letzter Instanz verantwortlich dafür sind die Rockefeller- und Carnegie-Stiftungen.

Rockefeller und seine "Verbündeten" wußten, daß die Kontrolle des Schulsystems nur über die Kontrolle der Lehrerausbildung möglich war. Das wurde erreicht, indem an die führenden Universitäten Subventionen mit dem angeblichen Zweck ausgeschüttet wurden, ihr Wachstum und ihre Entwicklung zu fördern. Aber nach Rockefellers Prinzip der wissenschaftlichen Zuwendungen enthielt jede Subvention einen Haken. Rockefellers Strohmänner erschienen immer im Vorstand der "unterstützten" Institutionen, was ihnen natürlich einen großen Einfluß auf den Gang der Entwicklung einräumte.

Der "fortschrittliche" Erzieher John Dewey war eine führende Figur in ihren Gesamtplanungen. Er wurde als Vorsteher des Teachers College der Columbia Universität bekannt und war später der einflußreichste Mann im amerikanischen Erziehungswesen. 1919 gründete er mit Rockefeller-Mitteln den "Fortschrittlichen Erziehungsverband", um die Ideen seiner Meister zu verbreiten. Nach einiger Zeit schlossen sich Ruggs, Counts, Kilpatrick und andere "Eine-Welt-Sozialisten" Dewey an. Es gelang ihnen, sich in einflußreichen Positionen einzunisten, und sie begannen, das Erziehungssystem als Mittel für die Erreichung ihrer politischen Ziele zu benutzen.

In ihren Schriften und Reden machten sie kein Hehl daraus, daß es ihr Hauptbestreben war, die amerikanische Nation wie eine Herde dummer, ahnungsloser Schafe - nach dem Vorbild des Rattenfängers von Hameln - in eine sozialistische "Eine-Welt-Utopie" zu führen, in der sie, wie das in jedem Märchen der Fall ist, "glücklich und zufrieden lebten bis zu ihrem Tod".

### **Das beginnende Zeitalter des Kollektivismus**

Es genügt, dies mit einigen Zitaten zu belegen. 1933 legte Dr. Harold Ruggs in seinem Buch "The Great Technology" dar, wie sie planten, Amerika zu einem sozialistischen Staat zu machen:

"Ein neues öffentliches Bewußtsein ist zu schaffen. Wie? Nur so, daß das individuelle Bewußtsein von zig Millionen neu geformt und zu einem neuen gesellschaftlichen Bewußtsein verschmolzen werden. Alte Denkvorstellungen sind zu zerbrechen und neue "Meinungsklima" in den Amerika beeinflussenden Staaten sind zu schaffen. Über die Schulen der Welt werden wir ein neues Konzept der Regierung verbreiten, das alle kollektiven Aktivitäten der Menschen umgreifen und die Notwendigkeit wissenschaftlicher Kontrolle und ökonomischer Aktivitäten im Interesse aller Menschen postulieren soll."

Dr. George Counts, ein Professor für Erziehung und führendes Mitglied von Deweys "Planckenkern", schrieb: "Die Lehrer sollten nach Macht streben und dann das Beste aus ihr machen. In dem Maße, wie sie den Lehrplan und die Lernverfahren der Schule gestalten dürfen, werden sie die gesellschaftlichen Einstellungen, Ideen und Verhaltensnormen der kommenden Generation beeinflussen."

In dem 1934 von der amerikanischen Historischen Vereinigung veröffentlichten und von der Carnegie-Stiftung geförderten Erziehungsbericht schrieb Counts: "Das Zeitalter des Individualismus und des laissez-faire in Wirtschaft und Regierung geht zu Ende, und eine neue Ära des Kollektivismus zieht herauf."

In einem Artikel in der "New Republic" vom 29. Juli 1936 schrieb der führende britische So-

zialist Harold Laski: "... wenn man seine sorgfältig neutral gehaltene Formulierung beiseite läßt, entpuppt sich der Bericht als ein Erziehungsprogramm für ein sozialistisches Amerika." Counts und seine Freunde leugneten das nie ab. Sie sagten, zur Erreichung ihres Zieles seien grundlegende "Änderungen unserer Ideale" notwendig. Wie ändert man die Ideale einer Nation? Nun, man braucht lediglich zu verändern, was in Schulen, Colleges und Universitäten, in Kirchen und Massenmedien gelehrt wird.

Also wurden die grundlegendsten Lehrbücher ausgemerzt oder umgeschrieben, um sie der neuen sozialistischen Linie anzupassen. Viele neue Lehrbücher tauchten in den Klassenzimmern auf - alle mit dem Zweck, traditionelle Werte zu unterminieren und den Studenten vermittels dieser Gehirnwäsche den Sozialismus näherzubringen, durch den "der große Bruder" (die Regierung) praktisch jede Phase des Lebens der Bürger beeinflussen oder kontrollieren konnte.

### **Brutkästen der Degeneration**

Die Schlacht um den Geist der Jugend hatte begonnen, und die Sozialisten setzten in ihrem blitzkriegartigen Überfall alle Mittel des totalen Krieges ein. Von Linken infiltrierte Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender machten sich die sozialistische Sache zu eigen und unterwarfen die Öffentlichkeit einem subtilen Propaganda-Bombardement, um "die Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins" voranzutreiben.

Zunächst erhoben diejenigen, die wach genug waren, um zu erkennen, daß etwas völlig schief lief, lauten Einspruch. Die "fortschrittlichen" Erzieher änderten ihre Taktik: ihre Attacken auf die nationalen Helden, Sitten und Gebräuche wurden nicht mehr offen vorgetragen, sondern nur noch angedeutet, wodurch sie viel schwerer zu entdecken waren, wenn man nicht jedes Wort analysierte und abwog.

Aus nationbildenden Institutionen, Säulen einer von Grund auf gesunden Gesellschaft, wurden die Schul- und College-Systeme zu etwas umgeformt, das man zu Recht "Brutkästen der Degeneration" genannt hat. Wenn wir einen Blick auf die heutige "Erziehung" werfen, sehen wir ein Bild, das sehr ermutigend, sogar inspirierend ist für unsere Feinde! Die Schöpfer eines "neuen gesellschaftlichen Bewußtseins" haben gründliche Arbeit geleistet.

Nehmen wir als Beispiel das Vordringen der Pornographie in unserer Gesellschaft. "Was sind die wirklichen Motive der intellektuellen Pornophilen? Es scheint mehrere zu geben. Es gibt zweifellos Leute, die der Ansicht sind, Pornographie sollte einer freien Gesellschaft "gerechterweise" als "harmloses Stimulans" verfügbar sein."

Weiter heißt es in dem Buch von Gordon Muir "The Plain Truth Magazine": "Ebensowenig ist allerdings zu bezweifeln, daß andere die Pornographie als Mittel verteidigen, das die freie Gesellschaft, die es ausbrütete, letztlich zerstören soll. Wenn diese Leute die Pornographie benutzen können, um die Kraft der Gesellschaft, deren gegenwärtige Struktur sie hinwegfegen wollen, zu unterminieren und zu schwächen, um so besser für sie.

Die Pornographie ist eine ideale Waffe zur Schwächung der westlichen Zivilisation, zur Unterminierung unserer gesellschaftlichen Fundamente und zur Wegbereitung einer neuen - wahrscheinlich marxistischen - Gesellschaft.

Wie kommt es, daß sich die Millionen aufrechten, gesetzestreuen Bürger, die nicht auf der pornographischen Welle mitschwimmen wollen, zurücklehnen und tatenlos zusehen, wie eine einst stabile Gesellschaft von den Medien zerfleischt wird, während die Ignoranten intellektueller Couleur und die Verschwörer der äußersten Linken dem Schauspiel applaudieren?"

Man braucht sich nur mit "dem Mann oder der Frau auf der Straße" zu unterhalten und sie nach ihren Überzeugungen zu befragen, um den Grund zu erfahren und sich über den verblüffenden und beängstigenden Erfolg des verschwörerischen Ansturms über die Schulen und andere Medien Gewißheit zu verschaffen.

## **Karl Marx als Aushängeschild**

Zumeist ist ihr logischer Sinn dadurch, daß ihrem formbaren, unvorbereiteten Geist von frühester Kindheit an freizügige Propaganda eingetrichtert wurde, derartig verdreht und funktionsunfähig gemacht worden, daß sie keine Grundlage mehr haben, auf die sie das wirkliche Leben beeinflussende Entscheidungen stellen können.

Es wurde ihnen nicht beigebracht, das Leben so zu sehen, wie es wirklich ist. Durch ihre Erziehung und Ausbildung haben sie gelernt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, aber nicht wie man lebt - und das ist ein gewaltiger Unterschied.

Admiral Hyman Rickover faßte die Situation mit den folgenden Worten treffend zusammen: "Amerika erntet jetzt die Folgen der Zerstörung traditioneller Erziehung durch die Experimentalphilosophie der Dewey und Kilpatrick. Deweys Idee haben zur Abschaffung vieler akademischer Lehrfächer geführt.

Der heutige Student erhält daher weder eine intellektuelle Ausbildung noch das Faktenwissen, die er braucht, um die Welt, in der er lebt, zu verstehen oder um wohlabgewogene Entscheidungen in seinem Privatleben oder als Bürger zu treffen."

Die furchtbare Wahrheit der Worte des Admirals sollte uns vollends klar werden, wenn wir die Gesellschaft, "wie sie ist", genau betrachten. Die in Rockefeller's "Gelegenheitsbrief Nr. 1" genannten Ziele nähern sich der Erfüllung.

Mit Karl Marx als Aushängeschild versuchten die Illuminaten, ihren Plan für eine weltweite gesellschaftliche Revolution in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieses Vorhaben schlug völlig fehl. Marx's Lehren entzündete die Vorstellungskraft der Menschen keiner Gesellschaftsschicht - und am allerwenigsten die der Arbeiterklasse.

Im Jahre 1864 organisierte Marx die Internationale Arbeitervereinigung, die später unter dem Namen Sozialistische Internationale bekannt wurde. Acht Jahre später wurde das Hauptquartier nach New York verlegt. Kurz darauf schloß sie sich mit der dort 1868 gegründeten Sozialistischen Partei zusammen.

Marx's persönliches Leben war eine endlose Kette von Fehlschlägen. Er war ein Parasit, der von anderen lebte; es ist zu bezweifeln, daß er nur einmal in seinem Leben ehrliche Arbeit leistete. Aus seiner Ehe gingen sechs Kinder hervor. Marx war jedoch so beschäftigt damit, Theorien über "die Erhebung der Massen" zu schreiben, daß er nie Zeit fand, seine eigene Familie zu ernähren. Drei seiner Kinder verhungerten im Säuglingsalter.

Zwei begingen Selbstmord. Nur einem gelang es, erwachsen zu werden. Als er 1883 starb, nahmen sechs Menschen an seiner Beerdigung teil.

## **Die wirkliche Macht haben die Bankiers**

Die Gründung der "Zweiten Sozialistischen Internationale" am 14. Juli 1889 in Paris entsprang der Erkenntnis, daß die "Arbeiter aller Länder" dem Ruf der sozialistischen Führung nicht Folge leisteten, sondern durch überall zu errichtende Gewerkschaftsverbände manipuliert werden mußten. Auch diesem Versuch war sehr geringer Erfolg beschieden.

Das war der Zeitpunkt, als die Gesellschaft der Fabier und Lenins Bolschewiken die Weltbühne betraten und echte Fortschritte in Richtung auf die von Weishaupt, Roosevelt, Marx und Pike entworfenen Ziele machten. Der einzige wirkliche Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen lag in den Methoden, die sie zur Erreichung des Gesamtziels der Schaffung einer klassenlosen sozialistischen Eine-Welt-Gesellschaft, wie sie von Marx beschworen worden war - anwandten.

Seitdem haben die Bolschewiken (Kommunisten) nicht davon abgelassen, ihr Ziel mit Gewalt und Revolution zu verwirklichen.

Über die Fabier schreibt die "Encyclopedia Britannica": "Der Name leitet sich von dem römischen General Fabius, dem Zögerer, her, der für seine berechnende, lange Zeiträume einkalkulierende Strategie bekannt war."

Von Beginn an setzten sich die Fabier für eine "neue Weltordnung" ein, die durch Indoktrinierung junger Schüler und Studenten erreicht werden sollte. Sie gingen davon aus, daß diese intellektuellen Revolutionäre schließlich in den verschiedenen meinungsbildenden und Macht ausübenden Gremien der Welt entscheidenden Einfluß gewinnen und so ihre Ziele erreichen könnten. Ihre Taktik wurde als "Doktrin der Unaufhaltsamkeit des stufenweisen Fortschritts" bekannt.

Man darf nicht übersehen, daß diese beiden Organisationen lediglich zwei der vielen Tarnorganisationen waren, deren sich die internationale Verschwörung bediente. Die wirkliche Macht ist immer von den Bankiers ausgeübt worden.

Professor Quigley schreibt, daß die internationalen Bankiers und ihre amerikanischen Kollegen des angehenden 19. Jahrhunderts sich "einerseits auf Commerzbank- und Versicherungsgeschäfte und andererseits auf Eisenbahn und Schwerindustrie verlegten"; "sie waren in der Lage, unermeßliche Reichtümer anzuhäufen und eine enorme wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Macht auszuüben. Allgemein bekannt als "die Gesellschaft" oder "die 400" führten sie ein Leben strahlenden Glanzes.

Sie besegelten den Ozean in großen Privatjachten, sie fuhren in Privatzügen über Land, sie wechselten zeremoniell von einem ihrer spektakulären Landgüter und Stadthäuser in Palm Beach, Long Island, den Berkshires, Newport und Bar Harbor zum nächsten und versammelten sich in ihren burgartigen New Yorker Residenzen, um unter Mrs. Astors kritischen Blick die Metropolitan Opera zu besuchen; oder sie trafen sich zu geschäftlichen Besprechungen auf höchster strategischer Ebene in der ehrfurchtgebietenden Gegenwart J. P. Morgans persönlich.

...<<

In den Jahren 1865-1914 wanderten nochmals mehr als 20,0 Millionen Menschen nach Amerika aus. Einige Schiffseigner von Frachtschiffen stellten Ende des 19. Jahrhunderts sogar vorübergehend den gesamten Güterverkehr ein, um nur noch Auswanderer zu transportieren. Da keine Be- und Entladungskosten entstanden, kostete in jenen Jahren die Überfahrt von England nach Amerika oftmals nur noch 3 englische Pfund.

In den USA erwartete die Einwanderer kein leichtes Leben, denn die Neuankömmlinge mußten grundsätzlich die schwersten Arbeiten verrichten. Viele Einwanderer wurden beim Bau von Brücken, Straßen, Eisenbahnen und Gebäuden eingesetzt. Die amerikanische Transkontinentalbahn wurde mehrheitlich von Iren und Chinesen gebaut. Die deutschen Einwanderer stellten zwar nicht die ersten Siedler, aber sie beeinflussten maßgeblich den Aufbau und die Entwicklung Nordamerikas.

Da die meisten Deutschen aber, im Gegensatz zu den Briten, Italienern, Iren, Franzosen oder Polen, keinen ausgeprägten Nationalstolz besaßen, verschwanden sie schon bald sang- und klanglos im nordamerikanischen Völkerschmelztiegel, so daß ihre z.T. großartigen Leistungen später nie angemessen gewürdigt wurden.

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet später über die deutschen Auswanderer in Nordamerika (x825/99): >>(Deutsches Volk) ... Außerhalb Europas hat die deutsche Auswanderung nach Nordamerika in neuerer Zeit einen gewaltigen Umfang angenommen. Sicherlich der vierte Teil der Weißen in den Vereinigten Staaten ist deutscher Abstammung. 1889 wurde deutsch in den Vereinigten Staaten von über 7 Millionen (ungefähr ein Siebentel der Bevölkerung) gesprochen.

Anfang des 17. Jahrhunderts gründeten Niederländer Neu-Niederland mit der Hauptstadt Neu-Amsterdam, das nachmals die Engländer in Neuyork umtaufte. In den achtziger Jahren des 17. Jahrhundert begann die Auswanderung nach Pennsylvania und nahm bald erheblich zu.

Als Penn sich 1682 in Pennsylvania niederließ, brachte er eine große Anzahl Deutscher, hauptsächlich Rheinpfälzer mit. Es folgten besonders 1708-20 große Scharen nach. Weitere starke Einwanderungen fallen in die Mitte des 18. Jahrhundert und in die siebziger Jahre des-

selben. Zur Zeit der Trennung von England war die Hälfte der Bevölkerung Pennsylvanias deutsch.

Der Hauptstrom der deutschen Auswanderer ergoß sich im 19. Jahrhundert nach Amerika; am größten ist der Anteil der Einwohner deutscher Abstammung in Ohio, Wisconsin und Illinois, dann in Pennsylvania, Indiana, Iowa, ferner in Maryland, Minnesota, Westvirginia, Kansas, Michigan und Neuyork.

Im englischen Nordamerika ist Neubraunschweig die älteste deutsche Niederlassung; von der Masse deutscher Einwanderer, welche in diesen Gegenden landet, bleibt nur ein geringer Teil zurück; dennoch wurden 1881 in Kanada über 250.000 Einwohner deutscher Abkunft gezählt. In den Vereinigten Staaten wohnen (1890) 2.784.894 Deutsche ...<<

**Südamerika:** Infolge von Grenzproblemen kommt es von 1865 bis 1870 zum Krieg zwischen Paraguay und den alliierten Streitkräften von Argentinien, Brasilien und Uruguay.